

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonnage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum,  
Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden  
für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags angenommen.

## Amtliches.

Berlin, 30. Januar. Se Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Obergerichtsrath Wolter in Göttingen unter Belebung des Titels „Kronanwalt“ mit der Funktion als solcher bei dem Obergericht in Osnabrück; so wie den Obergerichtsrath Hassenbalg zu Hannover, unter Belebung des Titels „Kronanwalt“ mit dem Dienste als solcher bei dem Obergericht in Hannover zu beauftragen; den Landgerichts-Assessor Keller in Düsseldorf zum Staats-Prokurator bei dem Königlichen Landgericht in Bonn; und den Justizbeamten Wilhelm in Brackenberg zum Staats-Prokurator bei dem Obergericht in Hanau zu ernennen.

Berlin, 31. Januar. Se Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem ersten Präfekten des Appellationsgerichts zu Posen, Grafen v. Schweiß, den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Geheimen Regierungsrath, Kammerherrn Freiherrn v. Körner in Borg zu Koblenz, und dem Professor Dr. Kommaßch, Direktor am Predigerseminar zu Wittenberg, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Regierungsrath A. und Syndicus bei der Direction des neuen landshaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen, Suttinger zu Posen, dem Landrat des Kreises Rosenberg i. O. Schl. v. Studnič, dem Kreisgerichtsrath Schneider I. zu Namslau, dem Kreisgerichtsrath A. D. Freiherrn v. Sedendorff zu Lauban, dem Kreisgerichtsrat, früheren Land- und Stadtgerichtsrath Klogsch zu Berlin, dem Konrektor Gruhn an der evangelischen Bürgerschule in Rawitz, und dem Banquier Koester in Mainzheim den Roten Adlerorden vierter Klasse, dem Fürsten Galizien, stellvertretenden Hofmarschall Sr. Maj. des Kaisers von Russland, den königl. Kronenorden zweiter Klasse, dem Kreis-Steuernehmer Ambrojus zu Sagan den königlichen Kronenorden vierter Klasse, dem evangelischen Kirchlehrer und Organisten, Kantor Gysenblätter zu Arnau im Landkreise Königsberg i. Pr. und dem evangelischen Schullehrer Klein zu Briesen a. O. den Adler der vierten Klasse des königlichen Hauses von Hohenzollern, dem emeritirten evangelischen Schullehrer Guldensennig, früher zu Parchau, jetzt zu Burg, im ersten Jerichowischen Kreise, dem emeritirten evangelischen Schullehrer und Kantor Müller zu Sinsleben im Mansfeldischen Gebirgskreise, dem Heilgeßluß Steinke zu Bollstein im Kreise Bomst, den Maschinenvärter Sovia auf dem fiskalischen Hüttenwerke Königshütte in Oberösterreich und dem Häuer Scholz auf der gewerkschaftlichen Steinkohlengrube Graf Hochberg bei Waldenburg in Niederschlesien das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie den Zimmerschiffen Schüller zu Alteupöhnen im Kreise Pitskallen und dem Gartner Dötscher zu Radekow im Kreise Randow die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Berlin, 31. Januar, Abends. Die Handels- und Finanz-Kommission des Abgeordnetenhauses genehmigte in der heutigen Abendssitzung das Gesetz zur Verstärkung des Kreisstaates für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Der Adj. Appmann wurde mit der mündlichen Berichtigung im Plenum beauftragt.

Wien, 21. Januar, Abends. Die „Wiener Abendpost“ meldet: Nachdem die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Ostreich und Preußen bis zu einem bestimmten Punkte gediehen sind, hat sich der Ministerialdirektor Delbrück nach Berlin begeben, wo seine Anwesenheit bei den Vorarbeiten zur Organisation des Norddeutschen Bundes dringend erforderlich ist; Herr von Philippssborn wird bis zur Entscheidung über die noch obschwebenden Verhandlungen in Wien bleiben.

München, 31. Januar, Abends. Fürst Hohenlohe und der Kriegsminister Baron v. Prant werden am 2. Februar in Begleitung des Grafen Taufkirchen und des Majors im Generalstabe, Baron v. Massenbach, zur Ministerkonferenz nach Stuttgart, die bekanntlich am 3. dagegen beginnt, abreisen.

Die Kammer der Abgeordneten wird sich, wie es heißt, wegen Berathung des Gewerbegeuges sechs Wochen vertagen.

Für die morgende Sitzung der Kammer der Reichsräthe stehen Interpellationen mehrerer Reichsräthe in Betreff der bayerischen Politik sowie die Berichte des Finanzausschusses auf der Tagesordnung.

## Die Süddeutschen Staaten.

Es hat sich die Befürchtung ausgesprochen, das Programm des Fürsten Hohenlohe könne doch zur Bildung eines Süddeutschen Bundes führen und die militärische Einigung in Stuttgart die erste Stufe dazu bilden. Aber in Berlin wird an entscheidender Stelle diese Befürchtung nicht geteilt, wie schon die aus guter Quelle kommende Nachricht ergibt, daß das dortige Kabinett alle Separatverhandlungen mit den Südstaaten abgelehnt und selbst auf die Notwendigkeit einer vorgängigen Einigung in militärischer Beziehung verwiesen habe. Preußen baut auf den Geist der süddeutschen Bevölkerung, die einer Gruppierung unter Bayern nicht geneigt ist, und ein anderer Staat würde doch nimmermehr die Spitze dieses Bundes bilden. Daneben ist aber nicht zu übersehen, daß Preußen Allein, was seinen speziellen und den norddeutschen Interessen Schaden drohen könnte, stets durch die materielle Preßion des Zollvereins entgegen zu treten, im Stande ist.

Was die öffentliche Meinung in Frankreich betrifft, so hat sie, gegenüber dieser Frage sich noch nicht gesammelt, wenigstens urtheilt die Presse je nach dem Standpunkte, den sie vertritt, sehr verschieden. Die klerikale und im österreichischen Interesse stehende „France“ wehrt sich über die sichtbaren Fortschritte der deutschen Einheit, welche zunächst das arme Frankreich bedrohen, aber auch die ganzen Machtverhältnisse in Europa verschoben; die germanischen Stämme seien nun zwar Herren in ihrem Hause, aber die „France“ widerholt, was sie schon so oft gesagt, „daß ein ungeheurer Unterschied zwischen dem unifizirten Deutschland und dem vergrößerten Preußen bestehe“. Deutschland, wobei sich die „France“ eine Beweisung des Frankfurter Paulskirchengezänkes denkt, besitzt die volle Sympathie der Franzosen; aber, das von Preußen eroberte und beherrschte Deutschland, das vor den Triumphwagen der Sieger über Ostreich gespannte Deutschland, das seiner natürlichen Entwicklung durch einen Staats- oder Gewaltstreit entrissene, ohne daß es darum gefragt worden, das zum Knechte einer seinem

Genie und seinen edlen Bestrebungen widersprechenden Centralgewalt herabgewürdigte Deutschland wäre eine Anomalie in der Zeitzeit und könnte eine Gefahr für ganz Europa's Zukunft werden.“ Dagegen ist eine Aufhebung des „Constitutionnel“ über die Lage Süddeutschlands bemerkenswerth. Das „Sécile“ hatte nämlich behauptet, Deutschlands Einheit sei so lange unmöglich, als Süddeutschland katholisch und Norddeutschland protestantisch sei und die tiefe Kluft einer „religiösen Revolution“ zwischen beiden liege. Auf diese unreife und unwahre Behauptung antwortet der „Constitutionnel“ eingehend folgendermaßen:

Die Frage der religiösen Trennung sei durch den Prager Frieden wesentlich modifizirt. Ein protestantisches Norddeutschland und ein katholisches Süddeutschland wie zur Zeit des deutschen Bundes gebe es nicht mehr. In diesem seien von 45 Millionen Einwohnern 17 Millionen Katholiken zu Süddeutschland gerechnet worden; von denselben aber waren fast 12 Millionen Ostreich. Seit diese nun aber ausgeschieden sind, sind in den süddeutschen Staaten nur noch 5 Millionen Katholiken. Bayern aber hat mehr als ein Drittel Protestanten unter seiner Bevölkerung, Württemberg und Hessen zwei Drittel und Baden die Hälfte. „Wir haben“, erklärt der „Constitutionnel“ schließlich, es für nötig gehalten, in diese Details einzugehen. Angefachts der politischen Deduktionen, welche mehrere Journale und diesen Morgen noch das „Sécile“ fortwährend aus der alten Statistik der religiösen Verhältnisse Deutschlands abstrahiren.“

Im Allgemeinen, darf man annehmen, herrscht in Frankreich der Gedanke vor, daß die eigne Regierung nicht berechtigt sei, sich um die Dinge in Deutschland zu befummern. Sie hat auch in der That mit sich zu thun. Denken wir uns aber den Fall als möglich, daß unsere Regierung sich in den Absichten des bayrischen Kabinetts täusche, so steht uns die Gewissheit zur Seite, daß bei einer neuen Schwenkung Bayerns zu Ostreich hinaüber, Baden seine Wahl getroffen hätte, Hessen dagegen gar nicht mehr im Stande ist, eine dem Norddeutschen Bunde entgegenge setzte Verbindung einzugehen, dieser Süddeutsche oder Südwestdeutsche Bunde, wenn er zu Stande käme, also jedenfalls eine sehr traurige Existenz führen würde. Von einem Anschluß an Ostreich kann ohnedies nicht mehr die Rede sein.

Im Übrigen wird jetzt positiv versichert, daß zwischen Bayern und Württemberg hinsichtlich der Heeresreorganisation im Allgemeinen schon ein Einverständniß erzielt sei, auch Hessen sich mit den Grundzügen einverstanden erklärt habe.

Die „Kreuzzeitung“ misbilligt die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Annahme des von Bünke'schen Amendements in der vorigestrichen Eisenbahn-Anleihe-Debatte höchstlich. Sie sagt:

„Die Herren Minister haben nach Abstimmung sich nicht mehr ausgesprochen; wir wünschen aber dringend, daß sie an ihrer vorher klar aufgestellten Position festhalten. Wollten sie — aus Nützlichkeitsgründen — doch nachgeben, so kämen wir auf eine abschüssige Bahn, so daß schließlich jedes Verfügungsberecht der Regierung aufhören und damit das Abgeordnetenhaus regieren würde. Nach Schleswig oder nach Königgrätz würde dann Seiner Majestät Armee allerdings nicht mehr marschieren können, falls — die Herren Birchow, Lasker und Genossen etwa anderer Meinung sein sollten. Quo ruitus, generosa domus? —

Zunächst wünschen wir dringend, daß das Herrenhaus — ob es auch einen „Konflikt“ gäbe — die Klaue der Abgeordneten nicht annahme. Eine schädliche Koncession ist viel schlimmer, als ein Konflikt. Dieser ist heilbar, jene bringt fortwährend immer größeren Nachtheil.

Selbst wenn diese Eisenbahnen nicht zu Stande kämen für dieses Jahr — lieber noch auf einem Geleise nach Osten, als mit Kourierzug in den äußersten Parlamentarismus.

Die Ansicht ist eine durchaus einseitige. Die Herren Minister haben selbst erklärt, daß eine prinzipielle Differenz nicht vorliege, daß die Regierung eine einseitige Veräußerung nicht vornehmen werde, nur in dieses Gesetz wünschten sie die Klaue nicht in ihrer Allgemeinheit aufgenommen zu sehen. Es liegt aber darin keine Gefahr. Die „Kreuzzeitung“ denkt immer nur an die vergangenen Zeiten, es ist aber doch die Hoffnung gestattet, daß Konflikte, wie der eben überwundene, nicht so bald wieder vorkommen werden und zukünftig im Falle der Noth das Abgeordnetenhaus nicht wieder die Mittel versagen oder die Regierung zwingen wird, sich selbst zu helfen. Besser ist denn doch immer, den in Zukunft möglich Konflikt abzuwarten, als, wie die „Kreuz.“ will, ihn heute herauszuschwören. Die östlichen Provinzen würden es der Regierung gewiß nicht gut auslegen, wenn um einer geringen Ursache willen die Ausführung der so heiß ersehnten Bahnbauten unterbleiben sollte.

## Deutschland.

**Preußen.** △ Berlin, 31. Januar. Das Staatsministerium hat jetzt über die Organisation der Provinz Hessen Beschlüsse gefaßt und diese dem Könige zur Genehmigung unterbreitet. — Der König ist, wie Sie wohl schon aus den amtlichen Hofnachrichten ersehen haben, so weit wieder hergestellt, daß er bereits gestern eine Spazierfahrt mache und alle Regierungsgeschäfte in gewohnter Weise wieder aufgenommen hat. Diese seine Tätigkeit erstreckt sich aber gegenwärtig nicht nur auf die namentlich durch das Herausnehmen der Konstituierung des Norddeutschen Bundes gemehrte politische Arbeit, sondern der König läßt sich auch täglich von den betreffenden Ressorts Bericht halten über den

Stand der Kinderpest in den von derselben befallenen Provinzen. Um der weiteren Verbreitung der Krankheit möglichst vorzubeugen, haben die Minister des Handels und der Landwirthschaft eine Verfügung an die Direktionen der Staatsbahnen erlassen, Sorge zu tragen, daß die Viehtransportwagen nach jedesmaligem Gebrauch einer geeigneten Desinfektion unterworfen werden. Über die Ausführung und den Erfolg dieser Maßregel haben die Direktionen binnen 3 Monaten Bericht zu erstattten.

Der evangelische Kirchenrath hat den Konsistorien eine Mitteilung über die Zahl der in diesem Semester auf den Universitäten der alten Landestheile immatrikulirten Studirenden der evangelischen Theologie zugehen lassen. Es studiren danach in Berlin 335, in Breslau 79, in Bonn 64, in Greifswald 17, in Halle 306 und in Königsberg 90, zusammen 891, 53 mehr als im vorigen Sommersemester.

Die Berichte aus den verschiedenen Provinzen über den Stand der Saaten lauten günstig, nur klagt man in Schlesien über den Mangel an einer schützenden Schneedecke, die in Pommern dagegen in reichlichem Maße vorhanden ist. — Der hiesige Central-Ausschuß für die Pariser Ausstellung hat das Berliner Haus Phalanx u. Dietrich mit der Spedition der Ausstellungsgeschenke betraut. — Der General-Postdirektor v. Philippssborn war erkrankt und hat über 8 Tage das Bett hüten müssen, ist jetzt aber wieder hergestellt.

Se Majestät der König hatte sich bekanntlich in voriger Woche durch Erkältung auf der Jagd ein Unwohlsein zugezogen, welches ihn bisher ans Zimmer gefesselt hat. Die laufenden Regierungsgeschäfte (schreibt heute die „Prov.-Korr.“) hat der unermüdlich thätige Fürst fast ohne Unterbrechung erledigt, in den letzten Tagen auch wieder fortgesetzt Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten und anderen Staatsmännern, namentlich über die wichtigen in der Vorbereitung begriffenen Norddeutschen Bundesangelegenheiten, gehabt. Mit dem Eintritt günstigerer Witterung dürfte dem König auch das Ausgehen wieder in gewohnter Weise gestattet sein. — Die beabsichtigten großen Hoffestlichkeiten haben durch das Unwohlsein Sr. Majestät einen kurzen Aufschub erfahren.

— Für den Norddeutschen Bunde ist nach § 2 eine allgemeine, neu dargelegte Kaufmannsflagge und eine Postenflagge geschaffen worden. Die Kriegsflagge enthält 4 Felder, von denen das eine eine Zusammenstellung der preußischen und der Hansestädtischen Farben enthält, also einen schwarzen und weißen und einen rothen horizontalen Streifen und in der Mitte einen preußischen Adler. Die Flagge der Kaufahrtschiffe enthält einen schwarzen, weißen und rothen horizontalen Streifen und die Postenflagge dieselben Streifen in einem etwa dreimal kleineren Umfange.

— Die neueste „Prov.-Korr.“ meldet:

Die Eröffnung des Reichstages des Norddeutschen Bundes wird auf Grund einer Vereinbarung zwischen den verbündeten Regierungen am 24. Februar stattfinden. Die Vorberathungen über den Verfassungsentwurf sind in erfreulicher Weise vorgeschriften: nach erfolgter Verständigung über die wesentlichen Grundlagen der Verfassung hat in den weiteren Sitzungen der Konferenz die Vereinbarung über den größten Theil der Einzelbestimmungen unter vielfacher Berücksichtigung der besonderen Wünsche und Vorschläge der Verbündeten stattgefunden. Der Schluß der Konferenz steht nahe bevor.

— Laut amtlicher Bekanntmachung hat der Herr Minister des Innern in Betreff der Wahl der Abgeordneten zum Norddeutschen Reichstage auf eingangene Anfrage bestimmt:

- 1) daß die Ernennung von unmittelbaren Staatsbeamten zu Protokollführern nicht ausgeschlossen ist;
- 2) daß der Wahlvorsteher nicht notwendig in dem Wahlbezirk, in welchem er fungirt, zu wohnen braucht;
- 3) daß der Stellvertreter des Wahlvorstehers die von dem Letzteren vor Eintritt seiner Behinderung ernannten Protokollführer und Beisitzer beizubehalten habe;
- 4) daß es keinem Bedenken unterliege, daß auch Konzeptpapier zu den Stimmentzetteln angewandt werden darf.

— Der Erzbischof Paulus von Köln ermahnt seine Heerde, keine „Ungläubigen“ zu wählen. Vielleicht entschließt sich der fromme Herr, von ihm bewußtlosen Kandidaten aufzustellen.

— Der Schluß der Session des Landtages wird wohl gegen das Ende nächster Woche erfolgen können. (N. P. 3.)

Der „Staats-Anzeiger“ schreibt: Vor Kurzem haben wir über die Feststellung des Finanz-Etats für das Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover berichtet. Seitdem sind in rascher Folge weitere Budgets für die neu erworbene Landesteile festgestellt und publiziert worden.

Das am 25. d. M. ausgegebene Stück der Gesetzesammlung enthält drei königliche Verordnungen vom 17. Januar d. J., durch welche Finanz-Etats für die Gebiete des ehemaligen Kurfürstenthums Hessen, der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und für die Herzogthümer Schleswig und Holstein festgestellt worden sind, und bereits in unserer heutigen Nummer sind wir in der Lage, den Finanzetat für das Gebiet des ehemaligen Herzogthums Nassau mitzuteilen, welcher durch Allerhöchste Verordnung vom 24. Januar d. J. festgestellt ist.

Der Etat für Kurhessen schließt, in Einnahme und Ausnahme balanciert, mit der Summe von 5,749,000 Thlr. ab. Bei den Einnahmen sind wenige Veränderungen gegen den zuletzt festgestellten kurhessischen Etat nicht eingetreten, und es sind namentlich auch die bisherigen Steuer-Einnahmen unverändert zum Anfang gekommen.

An der Spitze der Ausgaben findet sich eine an die ehemalige kurfürstliche Fideikommis-Beratung zu leistende Zahlung von 300,000 Thalern, welche die dem ehemaligen Kurfürsten von Hessen auf seine Lebenszeit gewährte Abfindung bildet.

Die Ausgaben für Militärzwecke haben auch hier eine Erhöhung erfahren. Sie sind für 1867 mit 1,622,060 Thlr. ausgeworfen und übersteigen die Summe des vorjährigen Budgets von 1,212,200 Thlr. um 409,860 Thlr. Gleichwohl ist es möglich gewesen, Mittel bereit zu stellen für Bedürfnisse, welche schon lange als dringende empfunden waren, bisher aber der Befriedigung vergeblich geharrt haben. Zur Leitung der Universität Marburg sind entsprechende Summen zur Verfügung gestellt, nicht minder zu Straßenanlagen und sonstigen nützlichen Bauten. Auch ist ein fonds ausgebracht zur Lebendnahme der Gehaltszahlungen, welche die Gemeinden seither an die durch anderweitige Wahl bestätigten Bürgermeister in Folge des Gesetzes vom 15. Mai 1863 zu leisten hatten. Es ist damit eine Last, welche von den Gemeinden als besonders drückend

empfunden wurde, auf die Staatskasse übernommen, und vielen in dringender Weise bisher aber ohne Erfolg geltend gemachten Wünschen Befriedigung geworden.

Der Etat für Hessen-Homburg schließt in Einnahme und in Ausgabe mit 625,712 fl. ab. Darin sind aber sehr erhebliche Ausgaben enthalten, welche nicht als regelmäßig wiederkehrend gelten können, namentlich Kapitalzurückzahlungen in Höhe von 204,361 fl.

Es sind das theils Rationen, theils Kapitalien, welche der Homburgischen Landeskasse anvertraut waren, und welche in Folge der eingetretenen Umänderung der staatlichen Verhältnisse gekündigt worden sind und im Laufe des Jahres zurückgezahlt werden müssen. Die Deckungsmittel sind in Aktivbeständen der Landeskasse und in Einnahmeüberschüssen des Vorjahres gefunden worden. Zu Ausgaben für Militärzwecke sind 105,490 fl. ausgegeben, während dieselben nach dem Etat des vorigen Jahres nur 52,177 fl. betragen.

Der Etat für Schleswig-Holstein zeigt in Einnahme und in Ausgabe gegenüberstehende Summe von 19,178,259 Mark (1 Mark = 12 Thlr. Preuß.), darunter 734,986 Mark an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Die Einnahmen sind auch hier im Wesentlichen nach Maßgabe der vorgefundenen Verhältnisse in Ansatz gebracht. Die Umstände haben es möglich gemacht (an Überflüssen aus den Jahren 1866 et retro) über eine Summe von 1,682,784 Mark 12 Schill. (—) zu disponieren, und es sind in Folge davon nahmhaft Beträge zu Bauten für verschiedene Verwaltungszwecke, zum Landstrafenbau, zur Verbesserung der Schiffahrts-, Hafen- und Landungsanlagen, für Eisenbahnen etc. in Ansatz gekommen.

Für die Zwecke der Militär-Verwaltung ist die Summe von 5,212,350 Mark in Ausgabe gestellt.

In Nassau bestand seither eine besondere, von der übrigen Staats-Verwaltung getrennte Domänenverwaltung. Noch für das Jahr 1866 gab es einen besonderen Etat der Domänenkasse und einen Etat der Landes-Steuerkasse. Der vorliegende Finanz-Etat für Nassau umfasst die gesamte Staatsverwaltung und schließt die Domänenverwaltung, wie alle übrigen Zweige der Finanzverwaltung ein.

Die Brutto-Einnahmen der Domänen-Verwaltung finden sich mit 2,372,602 fl. angezeigt. Nach Abzug der darauf lastenden Lasten und Ausgaben verbleibt eine Netto-Einnahme von 570,012 fl.

An direkten Staatssteuern ist der Betrag von fünf Steuersmpeln in Einnahme gestellt, der gleiche Betrag, wie er im Jahre 1866 zur Erhebung gekommen ist. Diese Besteuerung entspricht ungefähr der durchschnittlichen Höhe der direkten Staatssteuern sowohl in den übrigen neu erworbenen Provinzen, als in den altpreußischen Landen.

Bei den Ausgaben tritt auch hier eine Erhöhung des Militärbudgets vor. Dasselbe zeigt die Ziffer von 1,794,100 fl. und gegen 866,594 fl. für das Jahr 1866, eine Steigerung um 927,506 fl. Daneben ist für alle wirklichen Bedürfnisse der Verwaltung die entsprechende Vorsorge getroffen, und sind namentlich auch hier für Landstrafenbauten namhafte Summen bereit gestellt.

Der gesamte Ausgabebedarf beläuft sich auf 8,544,030 fl.

Die regelmäßigen laufenden Einnahmen, welche haben veranschlagt werden können, werden voraussichtlich nicht hinreichen, um diesen ganzen Bedarf zu decken. Sie würden ein Deficit von 567,056 fl. abrügen lassen. Zur Deckung derselben hat die Staatsregierung das Land nicht durch Ausschreibung außerordentlicher Steuern belasten mögen; sie hat vielmehr die Deckung aus vorhandenen Aktivbeständen in Aussicht genommen. Hierzu sind theils Kapitalien, welche in unmittelbarem Besitz der Landeskasse sich befinden, theils Gewinnbestände der Landeskasse zu Wiesbaden verfügbar, welche Letztere ausschließlich ein Staatsinstitut ist, dessen Gewinn nach ausdrücklicher Bestimmung des Bankstatuts Eigentum des Staates ist. Ob die Deckung demnächst aus diesen Mitteln der Bank, oder aus jenen Kapitalien, oder theils in der einen, theils in der andern Weise zu bewirken sein wird, ist nach dem Etat in das Ermeissen der Staatsregierung gestellt und wird von der weiteren Gestaltung der Umstände im Laufe des Verwaltungsjahrs, namentlich auch davon abhängen, ob die Bank etwa noch im Laufe dieses Jahres eine Umgestaltung erfahren und für die eigentlich bankmäßigen Geschäfte etwa durch eine Filiale der preußischen Aktiobank handeln wird. Die betreffende Einnahmeposition lautet: „Aus fl.“ Unter Einschätzung dieser Einnahme hat auch dieser Etat in Einnahme und Ausgabe balanciert abgeschlossen werden können.

Durch die Bestellung der fünf Finanz-Etats für Hannover, Kurhessen, Hessen-Homburg, Schleswig-Holstein und Nassau ist nunmehr in der Haupthälfte die Finanzverwaltung für die neu erworbenen Länder auf gesetzliche Grundlagen gelegt. Es fehlen nur noch Etats für die von Hessen-Darmstadt abgetrennten oberhessischen und für die ehemals bayrischen Landesteile, so wie für Frankfurt a. M. In jenen Gebietsteilen hat die vertragsmäßig vorbehaltene förmliche Übergabe der Verwaltung erst ganz neuerdings stattgefunden. In Frankfurt a. M. bietet die Aufstellung eines Staats-Finanz-Etats insfern besondere Schwierigkeiten, als dort seither eine Trennung zwischen Staats- und Stadt-Verwaltung nicht durchgeführt war.

Die Schnelligkeit, mit welcher die Staatsregierung für die oben genannten Landesteile die Aufstellung und Bestellung von Etats herbeigeführt hat, berechtigt zu der Erwartung, daß auch für die Finanz-Verwaltung in den noch übrigen kleinen Gebieten in kürzester Frist budgetmäßige Normen werden festgestellt werden.

— Neben die Gründe, welche den Rücktritt des Generals von Manteuffel veranlaßt haben, circulieren, sagt die „B. B. Z.“, die verschiedensten Gerüchte, ohne daß denselben irgend ein thatsächlicher Anhalt zu Grunde läge. Einiges authentisches über dieselben ist vielmehr bis heute nicht bekannt geworden. Nur das Eine scheint ziemlich zu sein, daß in diesem Rücktritt ein Sieg der Politik des Ministerpräsidenten über jene Einfüsse zu erblicken ist, die vor dem Kriege und während derselben nur allzu oft bestimmd gewesen sind und zu verschiedenen Malen die Pläne jener Politik zu durchkreuzen drohten. Herr von Manteuffel galt als der einflußreichste und energischste Vertreter der Richtung, die gegen einen Krieg mit Oestreich Alles aufzubieten bestrebt war, deren schließlich Niederlage sich aber freilich wohl schon damals voraussehen ließ, als der General aus der unmittelbaren Umgebung des Königs entfernt und zu einer militärischen Mission bestimmt wurde, die obwohl eine bedeutende Rangenhöhung mit derselben verbunden war, den persönlichen Einfluss des Generals aufheben mußte. Schwerlich wird man die Details dieser interessanten Zwischenfälle schon in nächster Zeit erfahren.

— Die „Magdeburgische Bzg.“ widmet dem Herrn v. Manteuffel folgenden Artikel:

Herr v. Manteuffel's militärische wie politische Carrière wird von unterrichteten Personen als abgeschlossen angesehen; der General dürfe von Merseburg, wohin er sich zurückzog, nie wieder in das öffentliche Leben zurückkehren. Daß ihm die Würde eines Generaladjutanten verbleibt, ist Rücksichtnahme auf seine bisherige Stellung bei Hofe, wo er lange Zeit hindurch eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Er galt für die Inkarnation des Antiliberalismus und speziell für den hartnäckigsten Gegner des Ministeriums Hohenholz. Wenn vor Jahren zweiten in seiner bekannten Broschüre „Was uns noch retten kann“, namentlich gegen Herrn v. Manteuffel frontierte, so brachte er damit die Ansicht des großen Publizisten über Manteuffel überhaupt zum Ausdruck, und als der von Zweiten hingeworfene Gehdehandschuh zum Duell führte, so erblieb in diesem Vorgange alle Welt das starre Aufeinanderplagen von Gegensätzen, die jede Versöhnung ausschließen. Es wird der Geschichtsschreibung zu untersuchen vorbehalten bleiben, in wie weit es allein dem General v. Manteuffel gelang, den Bruch mit dem Liberalismus von 1858 durchzuführen! aus vorläufigen gelegentlichen Neuherstellungen von Personen, die damals zu Fall kamen, geht so viel hervor, daß Herrn v. Manteuffels Einfluß die Bismarck'sche Ära einzuleiten wußte. Und nun erlebt Manteuffel sein Scheiden von der politischen Bühne früher als Bismarck und dessen sämtliche Kollegen. Das macht, der Ministerpräsident ging stets seine eigenen Wege und es war ihm unbequem, neben sich noch andere Einflüsse von Gewicht wirken zu sehen. Der General kommt mit Bismarck wahrscheinlich nur sehr schwer fertig werden, und daß ersterer jetzt in das Privatleben zurücktritt, ist letztem jedenfalls erwünscht. Die Zeit liegt unmittelbar hinter uns, wo es alle Augenblicke hieß, das Ministerium und speziell der Minister v. Bismarck würde zurücktreten. Die Krise war auch wiederholt eingetreten, aber allemal verließ sie zu Gunsten des Ministers. Manteuffel

hat wichtige Missionen ausgeführt. Er war in Petersburg, er war in Wien, in Wien sicherlich nicht in der Absicht, den Krieg unvermeidlich zu machen, wogegen dem Ministerpräsidenten das Verdienst bleibt, grade diesen Krieg stets gewollt zu haben. Manteuffel greift in einer der wichtigsten Perioden der preußischen Geschichte hinein. Der künftige Geschichtsschreiber wird sich viel mit ihm beschäftigen haben.

Mehrere Blätter bringen die Nachricht, daß, nach einer hier gelangten Anzeige, die Gründung der Pariser Ausstellung auf einen späteren Termin als den 1. April d. J. verschoben sei. Eine solche Anzeige ist, sagt die „N. A. Z.“, der hiesigen Ausstellungs-Central-Kommission nicht zugegangen; vielmehr hat die kaiserliche Ausstellungskommission noch neuerlich versichern lassen, daß die Gründung am 1. April stattfinden werde.

— Wie die „Prov.-Kor.“ mitteilt, hat die Regierung, nachdem zuvor die gutachtliche Auseinandersetzung einer Anzahl sachverständiger, des Berbrauens würdiger Einwohner von Frankfurt eingeholt worden war, eine Gemeinde-Verfassung für die Stadtgemeinde Frankfurt a. M. entworfen, welche, abgesehen von einigen Abweichungen, welche auf die besonderen Verhältnisse Frankfurts berechnet sind, in allem Wesentlichen als eine Umarbeitung der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 betrachtet werden darf. Der Erlass dieser Gemeinde-Verfassung steht in nächster Zeit bevor.

— Der Stadtrath Zelle in Berlin ist gestern von der Stettiner Stadtverordneten-Versammlung zum Ober-Bürgermeister von Stettin gewählt worden. Er erhielt im dritten Wahlgange 40 Stimmen gegen 22, die auf den Stadtbaurath Hohreuth fielen.

— Der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahn hat in einer vorgefertigten Sitzung in Übereinstimmung mit der Königlichen Direktion beschlossen, ohne Bezug bei der Staatsregierung die Koncession zum Bauen einer direkten Eisenbahn von Breslau über Guben nach Berlin zu nähern zu suchen. Wir haben Ursache anzunehmen, daß die Königl. Direktion sich zu diesem Schritte nicht entschlossen haben würde, wenn sie sich nicht im Voraus vergewisert hätte, daß der Antrag bei der Regierung keinen prinzipiellen Bedenken begegnete. Es ist dies wohl so ziemlich das wichtigste Konzessionsgesuch, welches an die Regierung in neuerer Zeit herangetragen ist, und die Verwirklichung dieses Projekts würde aus den mannigfachsten Gründen für die Oberschlesische Bahn die weitreichenden Folgen haben. Die neue Bahn ist im Vergleich zu der Niederschlesisch-Märkischen Bahn um 6 Meilen kürzer, würde also derselben eine sehr wesentliche Konkurrenz bereiten. Die Auffassung, welche über die Bedeutung des Artikels 44. des Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 neuerdings in Regierungskreisen zur Geltung gekommen ist, läßt hoffen, daß trotzdem dem Projekt die wohlwollende Aufnahme nicht fehlen wird.

Die Niederschlesisch-Märkische Bahn hat pro 1865 nach Abzug der für Verzinsungen und Amortisationen erforderlichen Beträge einen Netto-Uberfluss von 2,959,950 Thlr. oder circa 29 Prozent des Aktien-Kapitals übrig gelassen, so daß für die überreichliche Alimentierung einer zweiten und zumal wesentlich kürzeren Bahn hinreichender Verkehr vorhanden ist. Die Oberschlesische Bahn befürtigt für die neue Bahn in Breslau bereits alle erforderlichen Bahnhofs-Aulagen, ja es würde eine ganz außerordentliche Entlastung des Breslauer Bahnhofs, auf dem in letzter Zeit so störende Stockungen Platz geschritten hatten, eintreten, da, um nur ein Beispiel anzuführen, unter Anderem von den 24 Millionen Centnern Kohlen und Zink, welche den Breslauer Bahnhof passierten, ca. 17 Millionen Centner nach Berlin hin weiter gingen, also in der Folge, ohne den Central-Bahnhof in Breslau selber zu berühren, und auf die Niederschlesisch-Märkische Bahn zu warten, sofort auf die neue Bahn übergehen würden. In welchem Maße in Folge dieser und ähnlicher Verhältnisse dann aber die Leistungsfähigkeit der Oberschlesischen Bahn selber gehoben werden müßte, liegt auf der Hand. (B. B. Z.)

— In der am 29. d. M. im Englischen Hause unter dem Vorsitz des Wirklichen Geheimen Kriegsraths Menzel abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der Kommanditgesellschaft Weidendamm wurde der Gesellschaftsvertrag

— In der vorgestern auf Moulang zu Wilhelmshöhe begonnenen Viehversteigerung erschien Obergerichts-Anwalt Dr. Müller und legte im Namen Sr. K. H. des Kurfürsten Protest gegen den Verkauf ein. Die Auktion wurde jedoch so lange fortgezogen, bis einer der Beamten, welcher sich nach Kassel begeben, um Information in dieser Sache einzuholen, mit der Weisung zurückkam, daß die Versteigerung vorerst nicht fortgesetzt werden solle. (Gew. Tagbl.)

Breslau, 31. Januar. Wie der „Schl. Bzg.“ von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, ist in Glogau die offizielle Nachricht eingetroffen, daß der Landrat des Glogauer Kreises, Herrn. Schadow, zum Landdrost von Lüneburg ernannt worden ist und sein neues Amt gleich nach Schluss der gegenwärtigen Landtagsession, in welcher er den Glogau-Lübener Wahlkreis vertreten, übernehmen wird.

Frankfurt a. M., 28. Januar. Auf dem benachbarten Heiligengrund verließ eine vor einiger Zeit abgehaltene Kontrollversammlung befriedigt resultlos, da bedeutend Exzepte in derselben vorliegen. Bei einer heute abgehaltenen Kontrollversammlung wurde dem „Dr. B.“ zufolge der angetretenen Mannschaft — über 180 Mann — eine Ordre, wie man vernimmt, von Berlin bekannt gegeben und danach die Truppe mit nur wenigen Ausnahmen zu aktifwidrigem Dienst bei den bezüglichen Regimentern unter Bedeckung sofort abgeführt.

Hannover, 30. Jan. Kaufmann Sonntag ist aus seiner Haft in Minden entlassen, und gestern hierher zurückgekehrt.

Lüneburg, 29. Jan. Die „L. A.“ berichten: Wie verlautet, wird unser Schloss baldigst zum Umbau in Angriff genommen und eine Kriegsschule darin errichtet werden. Ein Neubau einer Infanterie-Kaserne steht sicher auch bevor, vorerst jedoch wird die Kavallerie-Kaserne bedeutend vergrößert. Auch das Militär-Hospital soll gleichzeitig vergrößert werden.

Memel, 26. Januar. Nach einer Nachricht aus Heydekrug ist der Landrat Degen, dessen Wahl kürzlich festgestellt wurde, zur Disposition gestellt. Die Gerüchte von der Verfolgung des Landrats Dr. Schulz wiederholen sich, seitdem durch die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus in weiteren Kreisen die Thatache bekannt geworden ist, daß Herr Schulz aus nahe liegenden Gründen aus dem landwirtschaftlichen Vereine ausgeschieden ist. (R. R. Z.)

Sachsen. — Dresden, 30. Januar. Das Lob, welches ein offizielles Organ in Berlin den Konferenz-Bevollmächtigten der Norddeutschen Regierung spendete, indem es anerkantete, wie bereitwillig dieselben sich erneut, die notwendigen Opfer zur Konstitutionierung eines festen Bundes zu bringen, hat die liberalen Elemente der hiesigen Bevölkerung eingerathen und verdutzt gemacht. Da man sich nämlich gar nicht recht denken kann, daß die Mehrzahl der am Norddeutschen Bunde beteiligten Kabinette sehr befürben sein sollte, freiwillig auf gewisse Prätrogative der Krone zu verzichten und politische Enttäuschung zu über, so gibt man sich fast der Befürchtung hin, daß man in Preußen wiederum einmal, statt sich auf das deutsche Volk zu stützen, allen gemachten Erfahrungen zum Trotz, aufs Neue mit dem Einverständnis der Dynasten einen festen Bundesstaat glaubt ermöglichen zu können.

Verstärkt wurde diese Befürchtung in Sachsen durch eine Rede, welche der sächsische Gesandte in Berlin, Graf Hohenlohe, am 28. d. M. in der ersten sächsischen Kammer hielt und worin in Bezug auf die zu erwartende Norddeutsche Bundesakte sich folgende Stelle befand:

„Die Aufgabe ist einen Bundesstaat herzustellen, mächtig nach außen, frei im Innern. Was über diese beiden Ziele hinausgeht, ist vom Unbel. Graf Bismarck selbst hat sich in einer seiner Reden vom Monat August in analogem Sinne ausgesprochen. Ich kann mir daher nicht denken, daß man den Vertrag unternehmen werde, einem Regenten, der eine Krone trägt, die Stellung eines erblichen Oberpräsidenten anweisen zu wollen. Eine solche Verkürzung des königlichen Ansehens in Sachsen würde eine Verkürzung der monarchischen Autorität überhaupt mit sich führen, welche nicht ohne die nachtheilige Rückwirkung auf das Ansehen des Bundesoberhaupes selbst bleiben kann. Ich kann

mir nicht denken, daß man ein Königreich, welches eine vom Schicksal zwar nicht begünstigte, ja verhängnisvolle aber ruhmreiche Geschichte hinter sich hat, zu der Provinz eines Norddeutschen Reiches herabdrücken will, ein Königreich, welches in dem verlorenen Jahre Probe seiner Lebensfähigkeit abgelegt hat, wie, mit Ausnahme unsers großen und siegreichen Gegners, sein zweites in Deutschland. Unsere erhabene Dynastie, unsrer tapferen Armee, unsre Behörden, von der Landeskommision bis zum letzten Gensd'arm herab, ja die ganze Bevölkerung, wenn man von einem verschwindenden Bruchteil absieht, wetteiferten in patriotischer Fluchtflucht. Man ist nicht berechtigt, uns „Finis Saxoniae“ zuzurufen. Es ist vielmehr ein Gebot der Politik und des Rechtes, einen solchen Organismus, wie den unsrigen, zu schonen, zu erhalten und also zu vererben. Auf diesem Wege wird man aus loyalen und willigen Bundesgenossen — das sind wir bereits — auch freudige Bundesgenossen machen; in Krieg und Frieden werden wir mehr leisten, als es jetzt möglich ist. Indes — die Dinge können auch anders kommen, und die preußische Regierung in die Bahn des Einheitsstaates gedrängt werden.“

Was dann nach Graf Hohenlohs Meinung zu geschehen hätte, giebt er nicht an; auch ist das zu erörtern hier gar nicht der Platz. Uns genügt, von diesem Passus eines sächsischen Diplomaten Alt zu nehmen, als einem Symptom, das nicht zu unterschätzen ist, um so weniger zu unterschätzen ist, als es mit anderen, zwar geringfügigeren, aber darum nicht minder mitzahlenden in Verbindung steht. So ergeht hier, wie wir vernehmen, in den preußischen und preußischen Freudenkreisen z. B. immerhin einige Missstimmung, daß die höchsten Herrschaften fast ganz darauf verzichten, in diesem Winter Feste zu geben. Man legt die von manchen Seiten so aus, als geschehe das nur, weil man vermeiden will, die Spuren der hiesigen preußischen Militärbefreiung einzuladen. Prinz Georg, so entgegen man uns freilich, unterlässt alle Einladungen in Hinsicht auf die interessanten Zustände seiner Gemahlin und der Kronprinz, weil die Kronprinzessin sich leidend befindet. Beide hohen Damen betheiligen sich jedenfalls nicht am Tanze bei den Bällen, welche der König bis jetzt gegeben. Daß auf dem ersten derselben König Johann statt die Gemahlin des General v. Bonn zur Polonaise zu führen, die des österreichischen Gesandten zu dieser hohen Ehre ausfahrt, scheint eine Art von Sensation gemacht zu haben. Wir hören wenigstens preußische Offiziere sich dahin aussprechen, daß sie es in der Ordnung geründet, wenn alle Preußen, die zu diesen Ballen geladen, nach diesem Vorfall den Saal verlassen hätten.

Man darf die Dinge wohl nicht zu streng nehmen und nimmt sie von Seiten der Preußen höheren Orts augenblicklich auch nicht so streng; aber zu erwähnen sind sie doch wohl, um zu beweisen, daß immer noch mancherlei in der Luft liegt und die politische und diplomatische Atmosphäre nicht ganz rein ist.

Zu einer wesentlichen Trübung gehören auch die Hegerenzen in österreichischen Blättern. So hat noch jüngst die „Neue Freie Presse“ in Wien sich von hier schauerlichen Nachrichten über die „Schädigung Dresdens“ durch Vermehrung und befestigteren Ausbau der Schanzen zugetragen lassen. Dresden, heißt es darin, solle dreizehn solcher Kriegsbau erhalten und für sie noch ein gutes Stück seines berühmten Großen Gartens so wie den ganzen zoologischen Garten einbüßen. Damit nicht zufrieden, geht das genannte Blatt sogar so weit zu melden, daß Preußen noch keineswegs das Projekt aufgegeben habe, das sächsische Königshaus für den früheren oder späteren Verlust Sachsen — durch Böhmen zu entzögeln.

Wie die Existenz des ganzen Norddeutschen Bundes ein bloßes Provision soll, so ist auch die jegliche Sachsen nur die eines Übergangsstadiums. Uns wünscht das beneidenswerte Glück, bei der nächsten Gelegenheit zu sehen, wie auch unser Land in die Reihe der preußischen Provinzen aufgenommen wird, und unsere Regierung — das muß die preußische ihr zum Lobe nachsagen — thut alles Mögliche, um uns im Voraus mit dem Gedanken an einen solchen Wechsel vertraut zu machen.“

Es belegt sich aus solchen Neuherstellungen mancherlei. Zunächst, daß z. B. die Rede Graf Hohenlohs in der Räume wie eine Art Echo solcher Gerüchte ist und dann, daß wir Recht hatten, wenn wir jüngst an dieser Stelle versicherter, wie es eine Partei in Sachsen gebe, die auf jede Weise Regierung und Dynastie zu einer Opposition gegen Preußen ebenso sehr herauszufordern als anzuspornen sucht.

Daß an diesen von Oestreich her signalisierten Bedrohungen Dresdens und des Saale-Wesens von Seiten Preußens nichts wahrhaftes Wahres ist, liegt auf der Hand. Weitere Bestätigungen sind nicht in Angriff, augenblicklich nicht einmal in Aussicht genommen, da die politische Lage sie nicht erlaubt. Daß König Wilhelm aber gegen König Johann mit Plänen einer „Vertreibung“ in diesem Momenten umgehen sollte, ist geradezu eine Lächerlichkeit.

Interessanter ist es in Polen zu vernehmen, daß die hiesigen Polen gestern ein großes Fest im Weinhold'schen Saale zum Besten eines Unterstützungs-fonds für arme Landsleute im Auslande veranstaltet haben. Dilettanten führten ein polnisches Stück und ein französisches Lustspiel auf; der junge, d. h. dreizehnjährige Pianist Leiter spielte dazwischen Piecen von Chopin. Ein Ball mit Souper

Autonomie und bildet einen in sich unabhängigen Staat, der mit den übrigen Kronländern nur durch Personal-Union und gemeinsames Parlament verbunden ist. Schließlich erklärt der Redner festes Zusammenhalten mit den Czechen und Südslawen für unerlässliche Bedingung zur Durchführung dieses Programms. In demselben Sinne sprach Ziembrowski sich aus. Andere Kandidaten, wie der Banquier Hoeningsmann und Graf Borowski, zeigten tiefes Misstrauen gegen das Ministerium Belcredi. (Dts. 3.)

### Großbritannien und Irland.

London, 31. Jan. Die Goldsendungen nach Paris dauern fort. Konsols schlossen in Folge dessen gestern flau. Präsident Johnson hat gegen die Bill, welche die Zulassung des Territoriums Nebraska als Staat vorschlägt, sein Veto eingelegt.

### Frankreich.

Paris, 29. Januar. Die Sympathie für die Christen im Orient ist hier merklich im Wachsen. Die Regierung hat denn auch jetzt den Dampfavisio „Sentinelle“ von Toulon nach den Küsten der Levante abgejagt, um bereit zu sein, wenn Verwundete aufzunehmen oder verfolgte Insurgenten an Bord zu nehmen sind. Sie lässt jedoch auch bei dieser bemerkenswerthen Anordnung, welche im Gegenjahr zu der bisherigen schroffen Haltung der französischen Seeoffiziere im Mittelmeer steht, ausdrücklich ihre pure Menschenliebe betheuern, wenn sie das Geschwader kleiner Schiffe verstärke. Die „Sentinelle“ soll nämlich den „Prométhée“ und den „Salamandre“, die schon vorausgegangen, unterstützen, im Archipel dahin vorzudringen, wo große Kriegsschiffe nicht hingelangen können. Der „Sentinelle“ folgen mehrere ähnliche Schiffe zum Geschwader des Admirals Simon; der Befehl ist bereits in Toulon eingetroffen.

### Italien.

Florenz, 25. Januar. Die hiesige „Nazionale“ berichtet: Am Abend des 23. Januar wohnte der Opernvorstellung des Theaters Pagliano ein preußischer Offizier bei, welcher sich in den Sperrstufen befand, und durch seine jugendlich schöne und stattliche Persönlichkeit, so wie durch die zahlreichen Orden und Medaillen, mit denen seine Brust geschmückt war, die Aufmerksamkeit der Theaterbesucher erregte. Während der Offizier seine ganze Aufmerksamkeit der Vorstellung schenkte, sah man, wie sich ihm ein Individuum näherte und in erbitterter Weise augenscheinlich beleidigende Redensarten, in deutscher Sprache, an den Offizier richtete. Dieser verhielt sich jedoch ganz ruhig, ohne sich um den Sprechenden zu kümmern, und während sich die den Offizier begleitende Ordonnaunce eben gegen den Beleidiger wandte, rief eine Stimme aus einer Loge herab in deutscher Sprache der Ordonnaunce zu: „Gib ihm ein paar Ohrfeigen; ich komme sogleich und hole ihm den Rest.“ Inzwischen erhob sich neugierig das ganze Parterre von seinen Sitzen, um zu sehen, was sich hier ereignen würde, und die Vorstellung auf der Bühne wurde ganz unterbrochen. In denselben Augenblick eilten aber auch zwei Sicherheitswachen auf den Beleidiger und Ruhesünder zu und führten ihn trotz lebhaften Widerstrebs in Verhaftung ab. Nachdem so der Lärm ein Ende hatte, verließ die Vorstellung ruhig bis zum Schluss — aber groß war das Erstaunen der Theaterbesucher, als, nachdem der Vorhang gefallen, man die Ordonnaunce sich dem Offizier näher und denselben mit den Armen umfassen sah. In der That fehlten dem jugendlichen Krieger beide Beine, welche er in der Schlacht bei Königgrätz eingebüßt hatte. — Das versammelte Publikum brach aber, durch diesen Anblick bewegt, in den vielfältigen Zuruf aus: „Hoch lebe Preußen!“ und widmete dem tapferen Offizier eine begeisterte Huldigung. — Die „Nazionale“ weiß über den Ruhesünder nichts weiter zu melden, als daß derselbe ein Frankfurter ist.

Der Kardinal Antonelli ist, nach der Angabe der „Italie“, an den Händen und Füßen gleichfrank. Seit einigen Tagen könne er nicht mehr unterzeichnen.

### Rußland und Polen.

Warschau, 28. Januar. Ein neues, aus 27 Paragraphen bestehendes und zwei dicht gedruckte Seiten des „Dziennik Warsz.“ füllendes Paßgesetz ist erschienen. Nach wie vor ist der Paßzwang, in der nirgends mehr in der Welt gekannten Strenge, gelten; nach wie vor kann Niemand selbst nach einem an seine Heimat angrenzenden Orte reisen, ohne einen förmlichen Paß zu besitzen, und nach wie vor ist das Überhalten des Paßtermins ein strafbares Vergehen. Erschwert ist die Erlangung eines inländischen Passes ungemein dadurch, daß den Bürgermeistern oder Polizei die Vollmacht zu dessen Ertheilung genommen und nur dem Kreischef eingeschränkt ist. Auslandspässe hängen vom General der Gendarmerie ab und verlangen all die weitläufigen Formalitäten, dererwegen die kürzeste Zeit zur Erlangung eines solchen Passes zu dauern pflegten, 10 Tage. Als Erleichterung ist anzumerken, daß ein Paß nach dem Auslaufe auf 6 Monate und im Auslande auf ein ganzes Jahr ertheilt wird. — Vorigestern fand ein äußerst glänzender Ball in der kaufmännischen Ressource statt, den die Bürger der Stadt, wie es heißen soll, dem Grafen Berg gegeben hätten. Das nötige Geld, das 8000 Rubel befragt haben soll, ist auf Betrieb des Stadtpräsidenten, Generals Wittkowsky, in der Weise zusammengebracht worden, daß man jedem hohen Beamten und reicheren Bürger eine Karte mit der Aufforderung zugeschickt hat, für solche 20 Rubel zu zahlen. Die Beiträge für alle Karten sind nicht eingegangen, und diejenigen Herren, welche auf Weisung des Generals Wittkowsky das Geld vorgeschoßen haben, werden, wie es heißt, einen ansehnlichen Theil nicht erstattet bekommen.

Obgleich es von der Regierung noch nicht befchrieben ist, hat dennoch der Gouverneur des neuen Gouvernements, Kalisch, Fürst Szczercow, selbst das Politischsprechen in den Aemtern streng verboten. In jedem Saal des Gouvernementsamts hat er einen Soldaten hinstellen lassen, dessen Auftrag der ist, jeden Beamten, der ein Wort politisch spricht, sofort anzuseigen, jede in das Amt getommene Privatperson hingegen, die dieses Vergehens sich schuldig macht, ohne Weiteres aus dem Amt zu entfernen. Ferner hat Szczercow nicht öffentlich bekannt gemacht, daß nur russisch geschriebene Bitschriften Annahme finden, läßt aber in Praxis jedes polnisch geschriebene Gesuch unbestimmt liegen. Von anderen Gouverneurs werden soweit gehende Maßregeln noch nicht berichtet.

Warschau, 29. Januar. So eben erfahre ich, daß der Vorsteher der Censur der Tagespresse und Direktor des amtlichen „Dziennik Warsz.“, so wie der „Russischen Zeitung“, der General Pawlisew, heute eben unerwartet seine Demission erhalten hat. Veranlassung hierzu war ein vor einigen Tagen im „Dziennik Warsz.“ veröffentlichter Artikel eines Geistlichen, in welchem die katholische Geistlichkeit in einer Weise angegriffen wird, wie es Niemand selbst in einem nicht katholischen Lande wagen würde. Graf Berg hat schon wiederholt seine Entrüstung über die Art, wie das amtliche Blatt die Polen verlebt, kundgegeben. (D. 3.)

Warschau, 30. Januar. Über den Stützstand des russischen Handels und der Industrie im Abfall der Ackerbauergüsse hat der russische landwirtschaftliche Verein behufs weiterer Aufzehrung an die Regierung folgende Punkte

erörtert: 1) Unser Handel und unsere Industrie werden durch eine sehr unbedeutende Produktionsziffer ausgedrückt; 2) eine der Hauptursachen der allgemeinen Geringfügigkeit unserer Produktion ist das falsche Ackerbauystem, welches sich in ganz Russland eingebürgert hat; 3) bei den ökonomischen Verhältnissen der russischen Bevölkerung ist der Stillstand in Handel und Industrie eine unvermeidliche Erscheinung; 4) das Protektionssystem, d. h. der Schutz der Volksarbeit durch Sölle hat überall und immer und in Russland mehr als sonst irgendwo, die Entwicklung der allgemeinen Produktion gehemmt; 5) das Protektionssystem früherer und jetziger Zeit ist die Hauptursache unserer jetzigen Finanznot und 6) die Rückkehr zu diesem System, wie sie die Protektionisten vorschlagen, würde unsere ökonomische und finanzielle Lage noch verschlimmern.

### Vom Landtage.

#### Herrenhaus.

(22. Sitzung vom 30. Januar.)

Eröffnung 12½ Uhr. Die Tribünen sind leer. Am Ministerstisch: Minister v. Mühlner, Graf zur Lippe und Regierungskommissar. Präsident Graf Stoßberg macht Mitteilung über die aus dem Abgeordnetenhaus herübergekommenen Eisenbahnoorlagen, dieselben werden der Eisenbahnkommission überreicht. — Es wird in die Tagesordnung eingetreten, der erste Gegenstand ist der Bericht der Handelskommission über das Gesetz, betreffend das preußische Medicinalgewicht. Die Kommission beantragt das Gesetz so zu genehmigen, wie es aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen. — Nachdem Hr. Graf York v. Warternburg diesen Antrag befürwortet und Minister v. Mühlner um unveränderte Annahme gebeten, wird das Gesetz angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die den gemeinnützigen Altlandbau-Gesellschaften zu bewilligende Sportel- und Stempelfreiheit. — Die Kommission beantragt den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Dies geschieht ohne Debatte.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizkommission, betreffend die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein. — Die Kommission beantragt das Gesetz so anzunehmen, wie es vom Abgeordnetenhaus herübergekommen ist. Dies geschieht ohne Debatte.

Der vierte Gegenstand ist der Bericht der Petitionscommission. — Eine Petition des pommerschen Lehrerbundes um Erhöhung des Gehaltes der Volkschullehrer wird der Regierung überwiesen. — Über eine Petition des Kaufmanns Grind, ein an den König gerichtetes Schreiben an seine Adresse zu befördern, wird zur Tagesordnung übergegangen. — Eine Petition des Premierlieutenant v. Kraewell: „Das Herrenhaus wolle dahin wirken, daß im §. 240. des Strafgesetzbuchs: „Wer öffentlich Thiere quält n.“, das Wort „öffentliche“ wegfalls, wird der Staatsregierung überwiesen. — Über die Petition des Kaufmanns Grind, ein an den König gerichtetes Schreiben an seine Adresse zu befördern, wird zur Tagesordnung übergegangen. — Eine Petition des Premierlieutenant v. Kraewell: „Das Herrenhaus wolle dahin wirken, daß im §. 240. des Strafgesetzbuchs: „Wer öffentlich Thiere quält n.“, das Wort „öffentliche“ wegfalls, wird der Staatsregierung überwiesen. — Über die Petition der Altesten der Kaufmannschaft zu Berlin, betreffend das Gesetz über die Pflichten der Handelsmänner, wird zur Tagesordnung übergegangen. — Vom Landrat a. D. v. Kröcher ist die Petition eingegangen, durch die Gesetzgebung mehr als bisher auf eine größere Heiligtumung des Sonntags hinzuwirken. — Die Kommission beantragt: „Das Herrenhaus wolle beschließen, die Petition der Staatsregierung zu überweisen, mit dem Antheingeben, auf strengere Handhabung der bestehenden Gesetze hinzuwirken, insoweit sich in dieser Richtung ein Bedürfnis hierzu herausstellt.“

Herr v. Senfft-Pilsach motiviert diesen Antrag, indem er sich unter Andern auf die Autorität Alexander v. Humboldts für die Sonntagsheiligung beruft. — Herr v. Kleist-Retzow befürwortet gleichfalls den Antrag und richtet den Wunsch an die Staatsregierung, Einrichtungen zu treffen, damit der Brennereibetrieb auch Nächts betrieben werde und so die Sonntagsentweihung leichter vermieden werden könne. — Der Antrag wird angenommen. — Schluss 1½ Uhr.

Tagesordnung: Diätengesetz und die Verordnungen über Salzsteuer im Fahrtgebiet. Montag: Genossenschaftsgesetz.

### Parlamentarische Nachrichten.

■ Berlin, 31. Jan. Im Abgeordnetenhaus verhandelten, heute die vereinigten Kommissionen für Handel und Justiz über eine Petition des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft in Königsberg, welche Abänderung der bestehenden Vorschriften über Infektionen aus Ausländern event. Abführfeierlich, da es häufig vorkommt, daß Wechselansprüche an russische Unterthanen verloren gehen, weil die Inquisitions-Sklage innerhalb der dreimonatlichen Verjährungsfrist auf diplomatischen Wege nicht möglich sei. Der Regierungskommissar und Justizrat Pape beantragte Neberwiegung zur Tagesordnung, dagegen beantragten die Referenten Dr. Hammacher (Handel) und Lesse (Justiz): Ueberweisung an die Regierung, damit dieselbe veranlaßt werde, zu versuchen, mit Russland eine ähnliche Konvention zu schließen, wie sie mit Polen im Jahre 1864 abgeschlossen ist. Es wird darauf hingewiesen, daß bei früheren Verhandlungen des Gegenstandes im Hause der Justizminister erklärt habe, die Regierung beabsichtige eine Konvention mit der russischen Regierung abzuschließen, durch welche die gegenseitigen Behörden requisitionspflichtig einander gegenüber gestellt werden. Die Requisition geschiehe übrigens jetzt auch dauernd an die polnischen Gerichte, welche schleunig expedieren, daher werde, nach der Meinung des Referenten Abg. Lesse die Sache leicht erledigt werden, wenn ein gleiches Abkommen mit Russland abgeschlossen würde. Der Regierungskommissar erklärte, daß er darüber, ob mit Russland derartige Unterhandlungen schwelen, keine Angaben machen könne. Entweder müsse also eine Abänderung der Wechselseitigkeit erfolgen, oder es müßten die Vorschriften in Betreff der Belebung von Ausländern bei inländischen Gerichten verändert werden. Dies habe jedoch die erheblichsten Schwierigkeiten, die Nebelstände würden übrigens von der Königsberger Kaufmannschaft übersehen. Die Kommission trat dem Antrag auf Ueberweisung an die Regierung bei.

Die Handelskommission berichtet den Antrag des Abg. Schulze (Berlin) auf Beseitigung der Transitzölle auf der Hamburger Eisenbahn. Die Regierung war vertreten durch die Geheimen Räthe Wilke für das auswärtige, Moeller für das Handels- und Henning für das Finanzministerium. Der Referent Abg. Dr. Becker gab eine Übersicht der Verhandlungen Preußens mit den Unter-Elbstaten zur Beseitigung der, sowohl auf dem Land wie auf dem Wasserwege lastenden Abgaben seit Gründung des Zollvereins bis zur Gegenwart, ferner eine statistische Nachweisung über die gänzliche Umgestaltung des Verkehrs auf der Elbe und eine Zusammenstellung der großen Summen, welche Hannover, Mecklenburg und Dänemark-Lauenburg in den letzten 25 Jahren ohne eine Gegenleistung vom Handelsverkehr durch ihre Gebiete erhoben haben. Auf den Schulzesen Antrag näher eingehend, wies der Referent nach, daß der Transitzoll nicht anders als im Zusammenhange mit den Zollzöllen behandelt werden könne, daß bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse aber zu gewährten sei, daß nicht bloss die in Rede stehenden Sölle, sondern auch die in Schleswig-Holstein noch bestehenden Durchgangsabgaben als mit den Grundzügen des Norddeutschen Bundes unverträglich, beiseitigt werden würden. Es sei undenkbar, daß derzeitige König als Herzog von Lauenburg den preußischen Verkehr zwischen Berlin und Hamburg belasten, oder als König von Hannover die Elbschiffahrt zu Gunsten der hannoverschen Eisenbahn erschweren wolle. Es komme hinzu, daß in Folge internationaler Verträge die Freigabe einer Straße von selbst die Freigabe der andern zur Folge haben werde.

Die Regierung sommers bestätigte, es sei bei Aufhebung des Sundzolles bedungen worden, daß, wenn auf einer Straße zwischen der Nord- und Ostsee die Durchgangsabgaben aufgehoben würden, sie auf allen Straßen zwischen diesen Meeren sofort aufhören müßten, daß mit dem Landzoll auch der Elbzoll falle und daß die Ausführung des Art. 5 des Grundzuges des künftigen Norddeutschen Bundesvertrages der geeignete Weg sei, sämmtliche noch bestehenden Binnenzölle aufzuheben, daß aber Separatverhandlungen Preußens mit Mecklenburg nicht zu diesem Ziel führen würden. — Die Kommission beschloß einstimmig folgende motivierte Tagesordnung: In Erwägung, daß die königl. Staatsregierung es als ihre Aufgabe anerkennt, die Aufhebung aller im Gebiete des Norddeutschen Bundes noch bestehenden Transitzölle und Glanzzölle herbeizuführen, geht das Haus der Abge. über diesen Antrag zur I.-O. über. — Der Abg. Dr. Becker ist mit schriftlicher Berichterstattung betraut. — Die besondere Kommission des Hauses, welche sich mit dem Gesetz über die pommerschen Lehnsverhältnisse beschäftigt, ist dann den Beschlüssen des Herrenhauses bis auf die §§. 10. und 12. beigetreten. Das Gesetz wird also diesmal wohl unerledigt bleiben. — Auch der Gesetzentwurf über die Bauten in Städten und Dörfern wurde heute wacker und zwar bis zu dem Kapitel der Lasterischen Anträge über die Entschädigung fortgesetzt.

### Lokales und Provinziales.

Posen, den 1. Februar.

[Theater.] Die Posse: „Berlin, wie es weint und lacht“ hat gestern viel Beifall gefunden, da die Direction drei Komiker für sie aufzubieten hatte, die alle drei ihre Rollen gut ausfüllten, die Herren Doh, Hardrich und Giese. Herr Doh erlangte kein Mitleid vor den Dacaporus, die den letzten Kupletvers aus ihm herauspreßten. Auch die serioßen Rollen wurden durch die Beneficiantin, Fr. Schön und Hrn. Menike wirkungsvoll gegeben.

[Gaschlüche.] In der letzten Zeit sind mehrfach den hiesigen städtischen Behörden Angelegenheiten zugegangen, daß in Häusern, in welchen sich Gasanstalt befindet, einzelne Einwohner, ohne daß sie direkt zu entnehmen, eigenmächtig an den Gasdröhren Schläuche anbringen, und auf diese Weise das Gas ihren eigenen Wohnungen zuführen, ohne dafür etwas zu bezahlen. So unscheinbar ein solches Verfahren auch vielleicht Manchem vorkommen möchte, so ist es doch äußerst gefährlich; denn es ist bereits wiederholentlich von dem königl. Obertribunal dahin entschieden worden, daß selbst bei Wasserleitungen eine solche eigenmächtige Entnahme von Wasser aus den Leitungsröhren seitens derjenigen, die nicht durch Bezahlung ein Recht zu der Entnahme erworben haben, den Thatsatz eines Diebstahls in sich enthält und gemäß §. 216. des Strafgesetzbuchs zu bestrafen ist; ist dies somit für das ursprünglich zu den „res communes omnium“ gehörige Wasser entschieden, so kann es um so weniger irgend einem Bedienten unterliegen, daß dieselben Grundsätze auch auf die unberechtigte Entnahme von Gas Anwendung finden werden.

[Münzfälschung.] Vor einigen Tagen wurde in einem Laden auf dem Graben ein falsches Behnigbergroßstück angehalten, welches ein Soldat bei Bezahlung der eingetauften Waaren ausgeben wollte. Da es von dem Besitzer des Ladens sofort als unecht erkannt wurde, so wurde der Soldat über den Erwerb des Geldstückes befragt, jedoch haben die hierdurch genommenen Spuren noch nicht zu einer Ermittlung, woher die gefälschte Münze stammt, geführt. Das angehaltene Geldstück, jedenfalls nicht das Einzig seiner Art, zeichnet sich vor den übrigen, in den letzten Jahren zum Vorschein gekommenen, falschen Münzen dadurch aus, daß es mit viel größerem Geschäft gemacht ist; es ist viel feiner, hat einen dem Silber ähnlichen Glanz und ist von ganz deutlichem Gepräge, so daß, wenn man nicht auf den Klang beim Aufsetzen achtet, es ziemlich schwer, dessen Unechtheit herauszuerkennen. Die Herstellung der gefälschten Münze ist übrigens auf mechanischen, nicht auf chemischen Wege erfolgt.

[Ein Kindling.] Das Kindersegen für arme Eltern sehr häufig eine Plage wird, ist eine traurige Wahrheit, wer will deshalb einen Stein auf Obdachlose und Bettler werfen, wenn sie ihre kleinen Kinder loszuwerden suchen. Das hat vor einigen Tagen eine Mutter mit gutem Erfolg gethan, als sie ihr Kind in eine Kellerwohnung der großen Ritterstraße trug, es auf den Tisch legte und davon lief. Die Hausfrau, die bald dazu kam, war nicht wenig erstaunt, als sie den kleinen schreienden Kindling, von dem sie nicht wußte, woher er hergekommen und wohin er gehörte, sah, sie hatte aber doch Herz genug, die nächsten Bedürfnisse desselben zu befriedigen. Da sie selbst Kinder besitzt, so mußte sie wohl daran denken, den lebendigen Kind unterzubringen. Die Nachbarn, denen der Vorfall erzählt wurde, folgten bald soviel zusammen, daß das Kind auf einige Monate ernährt werden kann, und eine kinderlose Ehefrau erbot sich, die Pflege desselben unter Zustimmung der Polizei zu übernehmen. Die Mutter des Kindes soll in der Person einer Bettlerin bereits gefunden worden sein.

[Schneeler Umsatz.] Zum Restaurateur K. kamen vorgestern eine Frau und ein Mann zum Mittagsbrot, jedoch so früh, daß sie noch einige Zeit warten mußten. Da Herr K. und sein Personal mit der Vor- und Zubereitung des Mittags vollauf zu thun hatten, so konnten sie sich um die beiden Gäste nicht bekümmern, die daher ganz allein im Zimmer saßen. Plötzlich waren dieselben verschwunden, mit ihnen aber auch Messer, Gabeln, Löffel, eine silberne Taschenuhr und verschiedene andere Sachen. Augenblicklich lief Herr K. hinter den Dieben her um durch Nachfragen ihrer habhaft zu werden, als sie in der Wronkerstraße gerade mit dem Trödler vechdelten, der sämtliche geflohene Gegenstände bereits in Kauf genommen hatte. So wurden Spitzbüben und Unterhändler auf frischer That ertappt; einige Minuten später waren alle Nachforschungen vielleicht schon erfolglos gewesen.

[Kreis Meseritz, 30. Januar.] [Aus den Wahlen; Diakonusse; Konserватiver Verein.] Der hiesige Kreis ist behufs Wahl eines Abgeordneten für den Reichstag des Norddeutschen Bundes in 62 Bezirke eingeteilt. — Von den Geistlichen, welche sich um die Diakoniestelle beworben haben, sind vom Magistrat in Meseritz die Prediger Ergemann in Herrnstadt, Illiger zu Alt-Dastrzember, Karau zu Schönlanke, Klee zu Betsche, Schröder zu Jordan und Bater zu Graustadt zur Abhaltung von Probepredigten ausgewählt worden. Am Sonntag, den 27. d. M. predigte Pastor Illiger und Sonntag, den 3. f. M. wird Pastor Bater die ordnungsmäßige Probepredigt halten. — Am 10. Februar, Abends 6 Uhr, findet in Winnicke im Hause des Gastwirths Günther eine Versammlung des Konservativen Vereins der Stadt und des Kreises Meseritz statt.

[Neustadt b. Pinne, 30. Januar.] [Telegraph; Geschäftliches; Postalisch.] Heute ist hier beim Magistrat die freudige Nachricht eingegangen, daß der vor Kurzem von der hiesigen Kaufmannschaft ausgegangenen Petition nachgekommen worden und eine Telegraphleitung von Pinne nach hier eingerichtet werden wird. Mit den hierzu erforderlichen Arbeiten soll sofort vorgegangen, und Seitens der Stadt sollen 160 Stangen angebracht werden. Unser Bürgermeister, Herr Glaubitz hat noch heute in dieser Angelegenheit das Weiteren veranlaßt, so daß zu erwarten steht, daß wir schon in Kurzem Telegramme aufzugeben im Stande sein werden. Hierdurch ist einem Bedürfnisse abgeholfen worden, dessen Tragweite nur derjenige zu schätzen weiß, der den hiesigen Geschäftswerkleben kennt. — Gestern wurde hier von einem rheinländischen Fabrikanten ca. 440 Ctr. Wolle vom Lager genommen. Die Verladung findet in der kommenden Woche per Bahn-Santer statt. — Heute verließ uns der bisherige Poststieger Tiebel, da derselbe nach Birke versetzt worden ist. All

v. Kofutski aus Modliszewo, v. Kropinski aus Ochowo, v. Szczepanowski aus Mleczce und Boge nebst Mutter aus Ostrowo, Gutsbesitzer v. Nawrocki aus Urbane, Ober-Grenzkontrolleur Klöbke aus Bojczyn, Bürgermeister Reg aus Kożmin, Kaufleute Gebr. Silberstein aus Santomysl.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN.** Die Kaufleute Reimann und Siebenborn aus Berlin, Bürgas aus Breslau, Beyer aus Leipzig, Lippert aus Bielefeld, Homann aus Hamburg, Kämpfer aus Erfurt, Rahn aus Köln, Wurm aus Leipzig und Scharlau aus Bromberg, Fabrikant Külling aus Haagen.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer Graf Potworowski aus Barzenczewo, v. Szarejko aus Ruda, Schmidt nebst Frau aus Charzow, v. Czerwinski aus Polen und v. Groškowski aus Sabrze, Direktor v. Czachowski aus Lissien, die Kaufleute Merus und Glas aus Stettin.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Kaufleute Pezold aus Pforzheim, Weber aus Schneidemühl, Hardt aus Niedersheim, Säffert aus Magdeburg, Rabec aus Riga, Sternfeld aus Breslau, Huber aus Hanau, Zelasko und Doktor Karczewski aus Kowalewo, Rittergutsbesitzer Materne aus Chwałkowo, Avantageur Bendt aus Lissa, Pastor Stämmer aus Dusznik, Stadtrath Russat aus Gnesen.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Kaufmann Lucks aus Berlin, Postsekretär Sommer aus Brieg, Inspektor Fuhrmann aus Bobiten, Kalkulator Lange aus Bromberg.

**SCHWARZER ADLER.** Rittergutsbesitzer v. Slawoszewski aus Ustaszewo, die Gutsbesitzer Pegele aus Jankowo, Techner aus Sarbinowo und v. Rudowski aus Podlesie, Frau v. Mołoczenka aus Tarnowo.

**HOTEL DE PARIS.** Die Gutsbesitzer Kompf aus Dworzyska, Drzenski und Wessierski aus Borzejewo, Baronowicz aus Gwiazdowo, Lubieniński aus Wapienno und Golski nebst Schwester aus Polazejewo, die Gutsver-

walter Leiszner aus Babin und Nehlert aus Glino, Schafzüchter Sypniński aus Kopaczewo, Bürger Gimzycki aus Czempin, Probst Muśnicki aus Węglewo, Dr. phil. Sonnenberg aus Siedlomowo.

**KEILLER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Prochowski aus Włocławek, Krause aus Kolo, Behrensohn aus Bieg, Fischer aus Soldin und Lewyjohann aus Janowic, die Wirtschaftsbeamten Hilamer aus Domianowo und Bakowski aus Targowa gora.

**BAZAR.** Die Gutsbesitzer Szuldrzynski aus Lubaj, Szczaniecki aus Lajczyn, Sytniński aus Piotrowo, Modlinski aus Walentynowo und Zafczewski aus Kleczewo, Bürgerfrau Bortowska aus Thorn, Gutsprächter Dembinski aus Wierzenica.

**SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Die Kaufleute Bodzinski aus Lissa, Gebr. Knoller aus Brätz und Bick aus Gräß, Fabrikant Meyer aus Langenbielau, Privater Woyt nebst Schwester aus Trachenberg, Landwirt Koog aus Breslau.

## Inserate und Börse-Nachrichten.

### Aufkündigung

von Pfandbriefen des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Bei der heutigen, im Beisein eines Notars öffentlich bewirkten Auslösung der nach §. 17. u. ff. des Statuts vom 13. Mai 1857 (Gesetz-Sammlung für 1857 S. 327) zum 1. Juli 1867 zu tilgenden Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen sind nachfolgende derselben gezogen worden:

**Serie I.** à 1000 Thlr. Nr. 156. 165. 276. 364. 484. 664. 939. 1119. 1351. 1606. 1622. 1646. 1874. 1926. 1950. 2046. 2263. 2686. 3541. 3969. 4124. 4236. 4431. 4561. 5618. 5643. 6001. 6076. 6775. 6823. 7000. 7056. 7335. 7441. 7707. 7760. 7904. 8297. 8332. 9472. 9490. 9879. 10,038. 10,216. 10,223. 10,414. 10,476. 11,013. 11,183. 11,469.

**Serie II.** à 200 Thlr. Nr. 71. 664. 696. 987. 1197. 1271. 1352. 1365. 1548. 1611. 1637. 1818. 2142. 2694. 2754. 3114. 3371. 3436. 3613. 3667. 3668. 3883. 3942. 4001. 4728. 4801. 4873. 5023. 5302. 5548. 5777. 6225. 6650. 6932. 7565. 7775. 7807. 7889. 8425. 8563. 8589. 8658. 8750. 9370. 9835. 9974. 10,079. 10,259. 10,456. 10,687. 10,747. 10,901. 11,067. 11,211. 11,279. 11,359. 13,312. 13,689. 14,191. 14,506. 14,560. 14,599. 14,768. 14,921. 14,934. 15,115. 15,688. 15,751. 15,867. 15,996. 17,070. 17,093. 17,174. 17,288. 17,323. 17,659. 17,739. 17,787. 18,301. 18,376. 18,585. 18,650. 19,243. 19,371. 19,422. 19,641. 19,807.

**Serie III.** à 100 Thlr. Nr. 93. 370. 701. 725. 739. 981. 1398. 2006. 2229. 2650. 2771. 2932. 3198. 3216. 3221. 3364. 3450. 3502. 3645. 3780. 3974. 4130. 4325. 4803. 4957. 5404. 5479. 5817. 5849. 6024. 6230. 6243. 6617. 7036. 7067. 7183. 7866. 7909. 8203. 8704. 8920. 9100. 9158. 9386. 9405. 9691. 10,073. 10,265. 10,515. 10,537. 10,686. 10,762. 10,959. 11,081. 11,292. 11,359. 11,845. 12,011. 12,032. 12,466. 13,660. 13,741. 13,879.

**Serie V.** à 500 Thlr. Nr. 12. 170. 172. 521. 555. 603. 653. 831. 834. 922. 969. 1857. 2140. 2170. 2637. 3000. 3424. 3511. 3651. 3939. 4159. 4505.

Außerdem aber noch nach Abschnitt II. des Regulativs vom 24. November 1859 an Pfandbriefen Littera B:

**Serie II.** à 500 Thlr. Nr. 360.

**Serie V.** à 50 Thlr. Nr. 20.

Diese sämtlichen Pfandbriefe werden hierdurch den Besitzern zum 1. Juli 1867 mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag derselben gegen Rückgabe der Pfandbriefe in courfähigem Zustande, so wie des dazugehörigen Talons, von dem gedachten Kündigungstage an auf unserer Kasse hier selbst baar in Empfang zu nehmen.

Zur Bequemlichkeit des Publikums wird nachgegeben, daß die gekündigten Pfandbriefe nebst Talon unserer Kasse auch mit der Post, aber frankt, eingefandt werden können, in welchem Falle die Gegensendung der Valuta, wo möglich mit umgehender Post, aber unter Deklaration des vollen Werths, ohne Anschreiben und unfrankirt erfolgen soll.

Die Verzinsung der gekündigten Pfandbriefe hört mit dem 30. Juni 1867 auf. Fehlt der Talon, so kann die Einlösung eines Pfandbriefes nicht stattfinden.

Kupons sind mit den gekündigten Pfandbriefen diesmal nicht abzuliefern, indem die verabreichte Serie der ersten mit dem 1. Juli 1867 abläuft. Da aber dieses Abfalls wegen die Valuta aller bis dahin ge-

kündigten und nicht eingegangenen Pfandbriefe spätestens bis

**zum 1. Oktober 1867**

an das Königliche Kreisgericht hier selbst, welches die Amortisation solcher Pfandbriefe auf Kosten der Inhaber nach §. 21. des Statuts vom 13. Mai 1857 zu veranlassen hat, eingezahlt werden wird, so liegt es im Interesse der Inhaber gekündigte Pfandbriefe, die letzteren diesmal schleunigst und noch vor dem 1. Oktober 1867 bei unserer Kasse zur Einlösung zu präsentieren, indem eine jede spätere Einlösung bei dem genannten Gerichte nachgeprüft werden müste und mit Kosten verknüpft sein würde.

Posen, am 13. Dezember 1866.

**Königliche Direktion**  
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

**Bekanntmachung.**

Bei der heutigen Auslösung der am 1. April f. einzuhaltenden biegsamen Kreisobligationen sind folgende Nummern gezogen worden, die hiermit gekündigt werden:

1) Lit. B. à 100 Thlr. 3 Stück.  
Nr. 12. 122. 207.  
2) Lit. C. à 50 Thlr. 10 Stück.  
Nr. 4. 11. 35. 51. 60. 71. 89. 101. 115. 174.  
3) Lit. D. à 25 Thlr. 112 Stück.  
Nr. 3. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 13. 15. 121. 122. 158. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 233. 234. 235. 236. 240. 243. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 341. 342. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 405. 406. 407. 408. 410. 412. 413. 415. 416. 417. 418. 1159. 1160. 1165. 1166. 1170. 1300. 1301. 1302. 1350. 1412. 1413. 1414. 1415. 1416. 1435. 1436. 1437. 1447. 1464. 1466. 1467. 1468. 1469. 1470. 1471. 1472. 1473. 1474. 1495. 1514. 1515. 1516. 1553. 1617. 1620. 1621. 1622. 1641. 1658. 1682. 1693. 1694. 1695. 1698. 1761. 1763. 1765. 1766. 1767. 1768. 1769. 1794. 1832. 1861. 1862. 1863. 1864. 1865. 2110. 2147. 2154. 2166.

Wiesenburg, den 28. September 1866.

Der Königliche Landrat.

**Bekanntmachung.**

Sur Verpachtung der Chausseegeld-Erhebung in Zielice auf der Krotschin-Posen und der Hebstelle Bulakow auf der Kožmin-Pogorzała Provinzial-Chaussee habe ich in Höhe

derzeitige Anfrage einen Licitationstermin auf

**Freitag den 1. März d. J.** für Zielice Vormittags 10—12 Uhr, für Bulakow Nachmittags 3—5 Uhr,

in meinem Bureau hier selbst anberaumt, wozu

Pachtflüsse hierdurch eingeladen werden.

Nur dispositionsfähige Personen, welche eine Kauktion von Einkunden Thalern baar oder in annehmbaren Papieren erlegen, werden zum Bieten zugelassen. Der Befrag ist erfolgt durch

die Königliche Regierung zu Posen auf drei hinreichend folgende Jahre vom 1. April d. J. ab.

Die Licitationsbedingungen können während der Amtsstunden im Bureau eingesehen werden.

Krotschin, den 26. Januar 1867.

Der Königliche Landrat.

**Bekanntmachung.**

Die im Großherzogthum Posen, unmittelbar an der schlesischen Grenze, im Kreise Krotschin, zwischen den Städten Kobylin und Szumy belegenen, zur Herrschaft Baszkow gehörigen Wirtschafts-Departements Baszkow und Alt-Kobylin sollen vom 1. Juli a. e. ab auf 15 hinzutreffende Jahre an den Bestrebenden verpachtet werden, wozu ein Termin auf

**Donnerstag, den 21. März c. Vormittags 9 Uhr**

auf dem Schlosse zu Baszkow anberaumt worden ist.

Zu dem Wirtschafts-Departement Baszkow gehören die Vorwerke Baszkow, Piaski, Trzaski,

Nochy und Kubow mit zusammen ca. 5000 Morgen Fläche, worunter 3200 Morgen Acker, 840

Morgen Wiesen und 560 Morgen Teiche sich befinden, zu dem Departement Kobylin aber gehören

die Vorwerke Alt-Kobylin, Rembichow und Villa mit einer Fläche von 3901 Morgen, worunter

2865 Morgen Acker und 459 Morgen Wiesen enthalten sind. Zur Übernahme der Pacht

würde ein Vermögen bei Baszkow von 45 Mille Thlr. und bei Kobylin von 35 Mille Thlr. erforderlich sein.

Die Pachtbedingungen können vom 1. Februar ab sowohl bei dem Rentamt zu Baszkow,

als auch im Bureau der General-Direktion auf dem Fürstenstein bei Freiburg in Schlesien eingesehen werden, und wollen die Herren Pachtbewerber befreit Besichtigung der Pachtobjekte sich an

den Herrn Oberamtmann Schrader zu Baszkow gefälligst wenden.

Fürstenstein, den 10. Januar 1867.

Der Prinzlich Neußische Generalbevollmächtigte.

(ges.) Stenzel.

**Dienstag den 5. Februar**

cr., 10 Uhr früh, sollen in den

**Kurniker Forsten** (Revier Bielawy):

120 Stück Kiefern Bauholz, und

40 Stück eichen Nutzhölzer,

einzelnd und partienweise meistbietend verkauft werden.

Es wird bemerkt, daß die Licita-

tion im Forsthause stattfinden wird

und wird das geehrte Publikum er-

sucht, vor Beginn derselben die be-

treffenden Bau- und Nutzhölzer in

Augenschein zu nehmen.

**Die Forstverwaltung.**

am 17. Juni 1867

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subastaart werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus den

Hypotheken nicht erschlichtlichen Realforde-

rung ihre Befriedigung aus den Käufgeldern

27. Freitag,

# Beilage zur Posener Zeitung.

Posen, den 1. Februar 1867.

P. P.

Hierdurch beehe ich mich ganz ergebenst anzugeben, daß die hierorts in meinem Hause, Wallstraße Nr. 39. neben dem Postamte, unter der Firma **S. Wękowski & Co.** bestehende

## Kolonialwaaren-, Wein-, Cigarren- und Delikatessen-Handlung

in Folge freundlicher Uebereinkommens auf mich mit Einschluß der Aktiva und Passiva übergegangen ist und ich solche von heute ab allein unter meinem Namen

**J. Mondré**

für eigene Rechnung fortführen werde.

Mit dem Versprechen prompter und reller Bedienung bitte ich das der bisherigen Firma geschenkte Vertrauen und Wohlwollen auch mir zuwenden zu wollen, und werde ich bemüht sein, denselben auf das Gewissenhafteste zu entsprechen.

Hochachtungsvoll

**J. Mondré.**

Ich habe mein Lager nach **Markt 66. im ersten Stock** verlegt und verkaufe die Restbestände zu sehr billigen Preisen.

Als angelegentliche Empfehlung verbinde ich hiermit die Anzeige, daß ich da- selbst das Depot der

## besten amerikanischen Nähmaschinen

halte und unter ausgedehntester Garantie dieselben zu Fabrikpreisen verkaufe.

Ich empfehle sie dem geehrten Publikum aus eigener Erfahrung als das nützlichste, zinstragende Möbel. Hierbei habe ich eine

## Maschinen-Näh- und Stepp-Anstalt

eingerichtet und übernehme jede Arbeit zu jeder Lieferzeit und zu den billigsten Preisen.

Meine bekannte Reellität läßt mich auf das Vertrauen des Publikums rechnen und werde ich mich bemühen, dasselbe in jeder Beziehung zu rechtfertigen.

**Markt 66., 1 Tr. Julius Lasch.**

Eine Destillationsblase von 40–100 Quart Inhalt wird zu kaufen gesucht. Näheres bei

**Hartw. Kantorowicz.**

**Emser Pastillen,** seit einer Reihe von Jahren unter Leitung der tgl. Brunnenverwaltung aus den Salzen des Emser Mineralwassers bereitet, bekannt durch ihre vorzüglichen Wirkungen gegen Hals- und Brustleiden, wie gegen Magen- schwäche, sind stets vorrätig zu Posen in der Wallstraße-Apotheke.

Die Pastillen werden nur in etuierten Schachteln verschickt.

Königliche Brunnenverwaltung zu

**Bad Ems.**

Vorzügliches Fleckwasser für alle Stoffe, Pariser Zahnpulpirits zur Conser- vierung der Bähne und des Bahnfleisches empfiehlt **Elssner's Apotheke.**

**Hartnäckige Lungen- u. Halsleiden.**

Doch mich eine halbe und eine Viertel- flasche **G. A. W. Mayer'sche Brust- Spruz**\*, von Herrn J. L. Doffert in Thorn entnommen, von einem hartnäckigen katarrhalischen Lungen- und Halsleiden vollständig geheilt hat, bestätige ich mit meiner Namensunter- schrift. Allen ähnlich Leidenden sei dieses milde, angenehm schmeckende und wirklich vorzessliche Hausmittel empfohlen.

Morgen bei Thorn, den 15. März 1866.

**Reimer**, Fleischermeister.

\*) Niederlage für Posen bei

**S. Spiro**, Markt 87.

## Dankdagung.

Meine Frau litt seit 3 Jahren an heftigem **Reissen in beiden Armen**, Genick und Kopf. Alle bisher angewandten Mittel blieben erfolglos. Von ähnlich Leidenden, welche die **Oschinsky'sche Gesundheits- und Universal-Seifen** mit gutem Erfolg anwandten, aufmerksam gemacht, nahm ich meine Zuflucht zu diesen Seifen, welche meine Frau von ihren Nebeln gänzlich befreite. Hiermit empfehle ich auf's Wärmste allen ähnlich Leidenden dieses Hülfsmittel und sage Herrn **J. Oschinsky in Breslau, Carlsplatz Nr. 6.**, den besten Dank Schollseiffen bei Löwenberg i. Schl., 9. Januar 1866.

**Franz Scholz.**

Allein echt bei **A. Wuttke**, Wasserstraße 8, 9.

Bestes pennylvan. Petroleum, à Quart 6 Sgr., empfiehlt

**M. Rosenstein**, Wasserstr. 7.

**Frische Kieler Sprotten und fette Hamb. Speckbücklinge** empfingen

**W. F. Meyer & Co.**

Wilhelmsplatz 2.

Frische feine Tafelbutter, à Pf. 8 Sgr., empfiehlt **M. Rosenstein**, Wasserstr. 7.

## Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

**Pr. Lotterie-Loose**, Orig. auch Anth., verl. u. verfertigt

**Sutor**, Landsbergerstraße Nr. 47, Berlin.

Vom Herrn Grafen **Hugo von Radolinski** habe ich General- und Special-Vollmacht und bitte mit allen Angelegenheiten, die den Herrn Grafen **Hugo** betreffen, sich an mich zu wenden.

Tarocin, 27. Januar 1867.

**Bernard Potocki.**



## Warschau-Wiener Eisenbahn.

Von dem Verwaltungsrath obiger Eisenbahn-Gesellschaft sind wir beauftragt, die Abschlags-Dividende pro 1866 auf Warschau-Wiener Eisenbahn-Aktien gegen Vorlegung des betreffenden Dividendenhefts mit 1½ Rubel vom 1.–28. Februar a. c. zu zahlen.

Unter Bezugnahme hierauf erklären wir uns auch bereit, die russischen Banknoten, welche auf die bei uns präsentirten oder uns eingesandten Dividendencheine entfallen, in preußische Balta nach Börsenkurs zu berechnen und gleichzeitig die Kuponnummern der Verlohnungs-Kontrolle zu unterwerfen.

Berlin, den 30. Januar 1867.

## Für Auswanderer.

Für sämtliche von den Handlungshäusern Aug. **Bolten** in Hamburg und H. Danielsberg in Bremen zu expedirende aufs bequemste eingerichtete **Post-Dampf- und Segelschiffe** nimmt Passagiere zu festen Hafenpreisen auf und ertheilt auf portofreie Anfragen jede Auskunft der für den Regierungsbezirk Posen konzessionierte Special-Agent.

**F. Charig** in Posen,  
Markt Nr. 90.

Mittwoch den 6. Febr. Abends 7½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 25. bis 31. Jan.

getauft: 15 männliche, 1 weibliche Pers., gestorben: 10 männliche, 9 weibliche Pers., getraut: 8 Paar.

Im Tempel der israel. Brüder-Gemeinde. Sonnabend den 2. Febr. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst und Predigt.

Als Neuvermählte empfehlen sich Freunden und Bekannten

Emilie geb. Biemer,

Carl Stamer.

Als Verlobte empfehlen sich:

Minna Perl,

Bernhard Aronsohn.

Kunif. Gollub.

Auswärtige Familien-Nachrichten. Verlobungen. Fräul. Auguste Fischer mit dem Dr. med. L. Wahländer in Berlin, Fräul. Ottlie Möbius in Dresden mit dem Kaufmann G. Heider in Berlin, Fräul. Marie Kühne in Berlin mit dem Regierungsrath G. Seligo in Posen, Fräul. C. Kleinert in Bismarck mit dem halfs-prediger Dielsner in Glogau.

Verbindungen. Lieutenant im ostpreuß. Trainbat. Nr. 1. Götsch mit Fräul. Olga Ewest in Berlin, Hauptmann Führ. G. v. Egloffstein mit Fr. Th. Hüffel in Braunschweig.

Todesfälle. Königlich pens. Gasbesorger Lehmann in Berlin, Professor Rödiger Tochter Marie in Berlin, Appellationsgerichtsrath G. v. Dewitz Tochter in Siettina, Major v. Blomberg in Landsberg a. W., Oberfahrer Scheibner in Kallies, Pastor Kirchstein Sohn Wilh. in Barmen, Photograph Otto Müss in Berlin, Konsul v. Haber in Paris, Frau Flora Rüdiger geb. Werner in Dorf i. L. vern. Frau Marie Berg geb. Gutbier in Berlin, Sekondeleutnant M. Hoffmeister in Löwenberg, Buchhalter Aug. Haase in Berlin, Subrektor Schmidt in Wriezen.

Stadt-Theater.

Freitag: Gastspiel des kaiserl. franz. Kammer-sängers Herrn Roger. Johann von Paris. Kom. Oper in 2 Akten von Boieldieu. Johann von Paris — Herr Roger. — Die Hugenotten, oder: Die St. Bartholomäusnacht. Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer. (4. Akt.) Raoul — Herr Roger. Sonnabend: Kein Theater. Sonntag: Oper.

## Volksgarten.

### Tauberts Concertsaal.

Montag den 4. Februar 1867

Abends 7½ Uhr

III. Sinfonie-Soirée gegeben vom Musikkorps des 1. Westpreuß. Gren.-Regiments. Nr. 6. und unter Leitung ihres Dirigenten

**W. Appold.**

Programm.

Ouvert. „Sommernachtstraum“ von Mendelssohn. — „Schattentanz“ aus der Oper „Dinorah“ von Meyerbeer. — „Ein Märchen“ v. Würst. — „Loreley“ Paraphrase von Nesswadba. — Ouvert. „Nachtklänge von Ossian“ von Niels W. Gade. — „Sinfonie triumphale“ von H. Ulrich.

5 Billets für 15 Sgr., gültig zu allen Sinfonie-Soirées, welche regelmäßig jeden Montag stattfinden, sind nur zu haben in der Hof-Musikalienhandlung der Herren

**Ed. Bote & G. Bock.**

Kassenpreis pro Person 5 Sgr.

## Volksgarten-Saal.

Heute Freitag Concert. Anfang 7½ Uhr. Entrée à Person 1½ Sgr.

C. Walther, Kapellmeister.

**Asch's Café,**

Markt Nr. 10.

Heute und die folgenden Abende Konzert und Gesangsvorträge von der Familie Pöschel aus Böhmen.

**Berg-Halle.**

Sonnabend den 2. Februar Eisbaine, wozu ergebenst einladet

**Carl Blaschke**, Bergstraße 14.

Sonnabend den 2. Februar er. **Wurst - Abendbrot**, wozu ergebenst einladet **G. Henschner**, Berlinerstr. Nr. 19.

**Urbanowo.**

Sonnabend den 2. Februar und Sonntag den 3. Februar großes Tanzvergnügen. Dazu laden ergebenst ein **J. Wezyk**.

## Börse zu Posen

am 1. Februar 1867.

**Fonds.** Posener 4% neue Pfandbriefe 88½ Gd. do. Rentenbriefe 89½ Gd., do. 5% Kreis-Obligationen 98½ Br. do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98½ Br. do. 4½% Kreis-Obligationen 89½ Br., polnische Banknoten 82 Gd.

**Noggen** [sp. 25 Scheffel] = 2000 Pf. pr. Febr. 52½, Febr. März 52½, März-April 52, Frühjahr 51½, April-Mai 51½, Mai-Juni 51½.

**Spiritus** [sp. 100 Quart] = 8000% Traless] (mit Fah) gekündigt 9000 pr. Febr. 16, März 16½, April 16½, Mai 16½, Juni 16½, Juli 17½.

## Lebens-Versicherung.

Für eine der ältesten und renommiertesten ländlichen Lebensvers.-Gesellschaften werden unter sehr vortheilhaften Bedingungen für die Provinz Posen Agenten gesucht. Bewerbungen werden franco unter Adresse **O. P. Nr. 15**, nach der Exp. d. Bl. erbeten.

Auf dem Wege von der Post nach dem Spieghelplatz ist eine bunt gesleckte Taschetasche mit Schuppenpelz gefüllt, verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält 1 Thaler Belohnung von **Julius Hirschner**, Schifferstraße 20.

Ein Aspernischer ist verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält eine angemessene Belohnung gr. Ritterstraße 16. 1 Treppen.

## Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 3. Febr. Vorm.

10 Uhr: Herr Pastor Schönborn.

Nachm. 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette.

Montag den 4. Februar Abends 6 Uhr:

Missionsgottesdienst Herr Oberprediger Klette.

Petruskirche. Petrigemeinde. Sonnabend den 2. Februar Nachm. 2 Uhr: Vorbereitung zum heil. Abendmahl.

Sonntag den 3. Febr. Vorm. 10½ Uhr: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel. Abendmahl.

Abends 6 Uhr: Herr Prediger Giese.

Mittwoch den 6. Febr. Abends 6 Uhr: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel.

Kreuzkirche. Sonntag den 3. Febr. Vorm.

10 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

Garnisonkirche. Sonntag den 3. Febr. Vorm.

10 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinwein der (Abendmahl). — Nachmitt. 5 Uhr: Herr Militair-Oberprediger Haendler.

Gru. Luth. Gemeinde. Sonntag den 3. Febr.

Vormittags 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

	von			bis		
	tl.	sge	kg	tl.	sge	kg
Reiner Weizen, der Scheffel zu 16 Mezen	3	2	6	3	5	—
Mittel-Weizen	2	27	6	3	—	—
Ordinärer Weizen	2	20	—	2	22	6
Roggen, schwere Sorte	2	6	3	2	7	6
Roggen, leichtere Sorte	2	3	3	2	4	—
Große Gerste	1	25	—	1	27	6
Kleine Gerste	1	22	6	1	22	9
Hafer	1	2	6	1	2	9
Kocherbösen	—	—	—	—	—	—
Guttererbösen	—	2	—	2	1	3
Winterrüben	—	—	—	—	—	—
Winternaps	—	—	—	—	—	—
Sommerrüben	—	—	—	—	—	—
Sommernaps	—	—	—	—	—	—
Budweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	—	—	—	—	—
Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart	—	12	6	—	13	6
Roher Klee, der Centner zu 100 Pfund	2	5	—	2	15	—
Weicher Klee, dito	24	—	—	28	15	—
Heu, dito	dito	—	—	—	—	—
Stroh, dito	dito	—	—	—	—	—
Rüböl, dito	dito	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80% Tralles,  
am 31. Januar 1867 15 fl. 25 Sgr — kg bis 16 fl. — Sgr — kg  
1. Februar 15 — 26 — 3 — 16 — 1 — 3 —

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Produkten-Börse.

Berlin, 31. Januar. Wind: NW. Barometer: 27°. Thermometer: Früh 7°+. Witterung: Viel Regen.

Roggen wurde heute auf Termine sehr wenig umgesetzt, dabei haben sich Preise kaum behaupten können. Mit Ware geht es fortwährend recht träge. Gefündigt 5000 Etr. Kündigungspreis 56½ Rtr.

Rüböl stand unter dem Eindruck einer Kündigung von 1500 Etr. und wurde etwas billiger verkauft, schlecht jedoch mit mehr Kauflust zu den billigen Kursen. Kündigungspreis 11½ Rtr.

Spiritus in recht fester Haltung bei mäßigem Handel. Gefündigt 40,000 Quart. Kündigungspreis 17½ Rtr.

Weizen: loko vernachlässigt, Termine wurden neuerdings billiger erlassen.

Hafer: loko reichlich angeboten, Termine still.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 70—89 Rtr. nach Qualität, weißbunter poln. 81 Rtr. bz. April. Mai 78½ a 78½ Rtr. bz. u. Br., Mai-Juni 79 a ½ Rtr. bz., 79 Gd., Juni-Juli 79½ a 80 bz., ½ Br.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 56½ Rtr. bz., fein 57½ bz., ordin. 55 bz., Jan. 56½ a ½ Rtr. verf., eine abgel. Anmeldung 55½ Rtr. verf., Jan.-Febr. 55½ a 56 Rtr. verf., Frühjahr 54½ a 55 Rtr. verf., Mai-Juni 55½ Rtr. Br., 55 Gd., Juni-Juli 55½ Rtr. Br., 55 Gd., Juli-August 54 Rtr. Br., 55 Gd.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 45—51 Rtr. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 26—29 Rtr. nach Qualität, böhm. 27½ a ¾, schles. 28½, fein 28½, poln. 27½ Rtr. bz., Jan. ohne Geschäft, Frühjahr 28 Rtr. bz. u. Br., Mai-Juni 28½ Rtr. nominell, Juni-Juli 28½ Rtr. nominell.

Erbse pr. 2250 Pfd. Kochware 52—66 Rtr. nach Qualität, Butterware do.

Raps pr. 1800 Pfd. 86 Rtr. bz.

Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Fas 11½ Rtr. bz., flüssiges 11½ Rtr. bz., Jan.

Ausländische Fonds.

Destr. Metalliques 5 46½ bz

do. National-Ant. 5 54½ bz

do. 250fl. Präm. Ob. 4 59½ G

do. 100fl. Kred. Poosse —

do. Pr. Sch. v. 1864 4½ bz u G

do. Sib.-Ant. 1864 5 60½ G

Italienische Anteile 5 55 bz

5. Stieglitz Ant. 5 63 bz

6. do. 582½ G

Englische Ant. 5 85½ G

N. Russ. Engl. Ant. 3 52 G

do. v. 3. 1862 5 85½ bz

do. 1864 5 —

do. 50, 52 conv. 4 90 bz

do. 1853 4 90 G

do. 1862 4 90 bz

do. Pr. Ant. 1864 5 91½ bz

Poln. Schatz-D. 4 62½ G

do. II. 4 —

Gert. A. 300 Rtr. 5 90 G

Pfdbr. n. i. SR. 4 61 bz

Part. O. 500 Rtr. 4 91 G

Amerikanische Anteile 6 77½ bz

Kurh. 40 Thlr. Poosse —

Neuw. Bad. 35fl. Poosse —

30 G

Märkische 4 90 bz

Ostpreußische 3½ 79½ G

do. 4 87 bz 4½/92½

Pommersche 3½ 79 bz [bz]

do. neue 4 90-90½ bz

Poensche 4 —

do. 3½ 97½ bz

do. neue 4 88½ bz

Schlesische 3½ 87½ G

do. Litt. A. 3½ —

Westpreußische 3½ 77 bz

do. 4 86½ bz

do. neue 4 90½ G

Kur. u. Neumärk. 4 91½ bz

Pommersche 4 91½ bz

Poensche 4 89½ G

Preußische 4 91 bz

Rhein.-Westf. 4 96½ G

Hannoversche do. 4 84½ G

Sächsische 4 93½ G

Schlesische 4 92½ G

Königsls. Privatb. 4 111 G

Aktienhöfe.

Berlin, den 31. Januar 1867.

Prenzische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½ 99½ bz

Staats-Ant. 1859 5 103½ bz

do. 54, 55, 57 4½ 99½ bz

do. 56 4½ 99½ bz

do. 1859, 1864 4½ 99½ bz

do. 50, 52 conv. 4 90 bz

do. 1853 4 90 G

do. 1862 4 90 bz

Präm. St. Ant. 1855 3½ 121½ bz

Staats-Schuld. 3½ 88½ bz

Kur.-Neum. Schdz. 2½ —

Berl. Stadt.-Obt. 5 104½ B

do. do. 4 104½ bz

do. do. 3½ 81½ bz